

banken magazin

AUS LIECHTENSTEIN | Ausgabe 9 | Dezember 2008

DIE ABS-INNOVATIONEN

Mit Sicherheit in die Krise?

LIFE

Klimaschutz geht uns alle an!

INTERVIEW

Guido Ravoet, Secretary General EBF



LIECHTENSTEINISCHER
BANKENVERBAND

3	BANKEN SPLITTER News
6	BANKEN INTERNATIONAL Liechtenstein stärkt wirtschaftliche Beziehungen zu den USA
8	Paradigmenwechsel im Wettbewerb
10	Public Affairs in Brüssel
12	The sky is not the limit <i>Interview with Guido Ravoet</i>
15	BANKEN SPEZIAL LIFE – Klimaschutz geht uns alle an!
19	Emissionshandel kurz erklärt
20	BANKEN BACKGROUND Die ABS-Innovationen – mit Sicherheit in die Krise?
25	BANKEN PORTRÄT Futuro hat den Stresstest bestanden
28	BANKEN KNOW-HOW Kompetenz kennt kein Alter
30	BANKEN KÖPFE Volksbank AG Liechtenstein: Gerhard Hamel



Michael Lauber

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Der Begriff Nachhaltigkeit ist seit Jahren in aller Munde. Doch jetzt, wo das Thema finanzpolitische, realwirtschaftliche und auch ganz persönliche Konsequenzen aufzeigt, denken viele wieder über dessen tieferen Sinn nach. Sei dies im Zusammenhang mit der US-Immobilienkrise, wie Katrin Eggenberger eindrucksvoll schildert (S. 20), sei dies in Bezug auf die Märkte und die Politik in Europa, wie es EBF-Generalsekretär Guido Ravoet (S. 12) deutlich macht. Aber auch auf ganz anderen Ebenen spielt Nachhaltigkeit eine immer grössere Rolle.

Mit der Initiative LIFE bieten sich für den Klimaschutz nun auch unter ökonomischen Aspekten zukunftsfähige Lösungen an (S. 15). Nachhaltigkeit muss aber nicht immer globale Ausmasse annehmen. Auch in kleineren Dimensionen ist das Thema bedeutend: Im Hinblick auf den sich verstärkenden Nachwuchsmangel bei Fachkräften in allen Branchen müssen Unternehmen umdenken und sich wieder auf die verstärkte Einbindung und Ausbildung älterer Mitarbeitender konzentrieren. Auf dem Bankenplatz Liechtenstein nimmt nachhaltiges Wirtschaften und nachhaltige Vermögensverwaltung traditionell einen grossen Stellenwert ein. Dieses Magazin zeigt neue Aspekte und Perspektiven auf. Wir wünschen spannende Lektüre und Ihnen allen nachhaltige Ideen für 2009.

Michael Lauber, Geschäftsführer

News

Bankenaward 2008 für Jürg Fausch

Jürg Fausch, Absolvent der Hochschule Liechtenstein, erhielt Anfang Dezember den Liechtensteinischen Bankenaward 2008. Zum fünften Mal wurde der mit 5000 Franken dotierte Preis vergeben. Jürg Fausch wurde für seine Abschlussarbeit über die Wirkung von Aktienrückkäufen auf den Wert von kotierten Unternehmen ausgezeichnet. Der 26-Jährige studierte Banking und Financial Management an der Hochschule Liechtenstein und schloss das Studium in diesem Herbst ab. Der Geschäftsführer des Liechtensteinischen Bankenverbandes, Michael Lauber, überreichte dem Preisträger die Urkunde und erklärte, die Tradition des Bankenawards auch im kommenden Jahr fortzusetzen. Leistungen wie diese seien dringender denn je nötig.



Revidiertes Rechtshilfegesetz

In der Dezember-Session des Liechtensteinischen Landtages wurde der Revision des Rechtshilfegesetzes einhellig zugestimmt. Bereits 2007 wurde eine Arbeitsgruppe des Ressorts Justiz mit der Revision des Gesetzes betraut. Hintergrund: Die meisten Ver-

fahren wurden zwar speditiv abgewickelt, wie beispielsweise die Fälle Siemens und Flow Tex zeigen, bei denen mit liechtensteinischer Hilfe Schmiergeldfälle und Scheingeschäfte aufgedeckt und Gelder sichergestellt werden konnten. Es wurden andererseits aber auch Verfahren aufgrund der vielen Einspruchsmöglichkeiten in die Länge gezogen, wie im Fall der Abacha-Gelder. Das neue Gesetz soll daher unter anderem die Verfahren verkürzen und die Zahl der Rechtsmittel auf ein international übliches Mass reduzieren. Die neuen Bestimmungen treten am 1. Februar 2009 in Kraft.

3. Geldwäscherei-Richtlinie verabschiedet

Die liechtensteinische Gesetzgebung ist im Kampf gegen Geldwäsche um ein Mittel reicher. Die Umsetzung der dritten Geldwäschereirichtlinie soll die Sorgfaltspflichten auf dem Finanzplatz ausweiten. Die Umsetzung der dritten Geldwäschereirichtlinie, die im Oktober in erster Lesung noch vier Stunden in Anspruch genommen hatte, dauerte keine Stunde mehr. Dann waren die Totalrevision des Sorgfaltspflichtgesetzes, die Abänderung des Gesetzes über die Financial Intelligence Unit (FIU) und eine Abänderung des Strafgesetzbuches in zweiter Lesung verabschiedet. Es herrschte die Überzeugung vor, dass sich Liechtenstein auch künftig nach Kräften am Kampf gegen die Geldwäscherei beteiligen muss. Die Bestimmungen treten nach der einhelligen Zustimmung über alle Fraktionsgrenzen hinweg am 1. März 2009 in Kraft.

Förderung der Attraktivität des Fondsplatzes Liechtenstein

Der liechtensteinische Landtag und die Regierung haben Massnahmen zur Förderung der Attraktivität des Fondsstandortes Liechtenstein getroffen. Die Massnahmen sollen zum einen auf die veränderten Rahmenbedingungen anderer innovativer Fondsstandorte reagieren, zum anderen den Auswirkungen der derzeitigen Finanzkrise Rechnung tragen. Die Massnahmen sehen u. a. vor, dass Fonds für qualifizierte Anleger neu im Rahmen von Vermögensverwaltungsmandaten allen Anlegern zur Verfügung stehen sollen. Hintergrund dieser Regelung ist, dass bei Vermö-

Fortsetzung von Seite 3

gensverwaltungsmandaten der Anlageentscheid von einem Profi getroffen wird. Die Regelung lehnt sich somit sehr stark an das Konzept der MiFID an, gemäss welcher für die Anlage in ein Finanzinstrument auf die Erfahrungen und Kenntnisse desjenigen abzustellen ist, der den Anlageentscheid trifft. Die neuen Vorgaben sollen noch dieses Jahr in Kraft treten.

Payment Services Directive - on track

Derzeit laufen in Liechtenstein die Vorarbeiten zur Umsetzung der EU-Richtlinie über Zahlungsdienste (sogenannte Payment Services Directive, kurz PSD). Der Bankenverband hat eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern der verschiedenen Mitgliedsbanken eingesetzt, welche die fristgerechte praktische Implementierung der entsprechenden Vorgaben zum 1.11.2009 in den einzelnen Instituten sicherstellen soll. Die Arbeitsgruppe hat Mitte Dezember ihre Stellungnahme zum Vernehmlassungsbericht der Regierung abgegeben.

USA: Qualified Intermediary

Am 16. Oktober 2008 hat der amerikanische Internal Revenue Service (IRS) Vorschläge für Ergänzungen zum Qualified Intermediary Agreement und zu den bestehenden Audit Guidance veröffentlicht. Der IRS sieht vor, für die Kategorisierung der Kunden Informationen zum wirtschaftlich Berechtigten hinzuzuziehen und verlangt ein Pflichtaudit des Schweizer Revisors durch einen US-Revisor. Es besteht die Möglichkeit, bis zum 28. Februar 2009 Kommentare zu den Vorschlägen abzugeben. Die Änderungen sollen ab dem 1.1.2010 in Kraft gesetzt werden. Bis zum Jahresende sind weitere Anpassungen zu erwarten. (Zum Thema „QI-Agreement“ siehe auch S. 6 in dieser Ausgabe)

Schengen: Schweiz und Liechtenstein unterzeichnen Rahmenvertrag

Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf und Otmar Hasler, Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein, haben am 3. Dezember 2008 in Bern den bilateralen Rahmenvertrag über die Zusammenarbeit in den Bereichen Visum, Einreise, Aufenthalt und po-

lizeiliche Kooperation im Grenzraum unterzeichnet. Der Vertrag wurde im Hinblick auf den Schengen-Beitritt beider Länder abgeschlossen und löst frühere Abkommen ab.



Einlegerschutz

Schweiz

Am 5. November 2008 veröffentlichte der Bundesrat eine Botschaft zur Änderung des Bankengesetzes über die Verstärkung des Einlegerschutzes. Der Gesetzesentwurf wurde in der Wintersession 2008 der eidgenössischen Räte behandelt. Die Schlussabstimmung war am 19. Dezember 2008. Als dringliches Bundesgesetz werden die neuen Bestimmungen am Tag nach ihrer Verabschiedung befristet bis zum 31. Dezember 2010 in Kraft treten.

Der Entwurf des Bundesrates sieht u. a. eine Erhöhung der im Insolvenzfall einer Bank gesicherten Einlagen von CHF 30'000 auf CHF 100'000 pro Gläubiger sowie eine entsprechende Erhöhung des Gläubiger-Konkursprivilegs, die sofortige Auszahlung nicht nur, wie heute, der „Kleinsteinlagen“ bis CHF 5'000, sondern aller privilegierten Einlagen bis zu einer von der Eidgenössischen Bankenkommission (EBK) festgesetzten Höhe unmittelbar aus der Masse (insbesondere liquide Mittel der betroffenen Bank) und die Erhöhung der System-

obergrenze des Einlagensicherungssystems von CHF vier auf CHF sechs Milliarden.

Europäische Union

Derweil haben die EU-Finanzminister am 2. Dezember 2008 beschlossen, die Mindest-Deckungssumme für Spareinlagen von bisher 20'000 Euro auf 50'000 Euro zu erhöhen. Gleichzeitig sollen die Fristen für die Rückzahlung im Falle von Bankenpleiten verkürzt werden. Die EU-Kommission konnte sich mit ihrem Vorschlag, wonach die Sparer schon nach drei Tagen ihr Geld zurück-erhalten sollen, nicht durchsetzen.

„Die EU-Kommission konnte sich mit ihrem Vorschlag, wonach die Sparer schon nach drei Tagen ihr Geld zurückerhalten sollen, nicht durchsetzen.“

Derzeit beträgt die Frist drei Monate, die insgesamt auf neun Monate ausgedehnt werden kann. Innert welcher Frist genau jedoch die Auszahlung neu zu erfolgen hat, darüber besteht derzeit noch Uneinigkeit. Ebenso ist noch nicht klar, per wann die neuen Vorschriften in Kraft treten sollen. Während dem die EU-Finanzminister die Revision auf Mitte 2009 in Kraft sehen wollen, drängt der Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments auf eine Inkraftsetzung bereits Ende dieses Jahres. Das Europaparlament muss diesem gefundenen Kompromiss noch zustimmen. Als EWR-Mitglied wird Liechtenstein die beschlossenen Massnahmen ebenfalls umsetzen. Die Vorarbeiten hierzu sind bereits seit Längerem im Gange.

SWIFT erfüllt Datenschutzvorschriften

Die Datenschutzkommission in Belgien bescheinigt SWIFT die

Erfüllung aller gesetzlichen Vorschriften. Dies ist das Ergebnis einer im Frühjahr 2007 begonnenen, umfassenden Überprüfung des Nachrichten-Austauschdienstes von SWIFT. Der Bericht



betont die zahlreichen von SWIFT getroffenen Sicherheitsmassnahmen in Reaktion auf die zwingenden Beschlagnahmeanordnungen. Diese wurden SWIFT vom US-Finanzministerium im Zuge seines Fahndungsprogramms zur Terrorfinanzierung auferlegt. Die Kommission hat befunden, dass SWIFT zur Befolgung dieser rechtmässigen Beschlagnahmeanordnungen in den USA verpflichtet war. Die Kommission erkennt an, dass SWIFT seinen gesetzlichen Verpflichtungen in den USA umsichtig, gewissenhaft und mit der gebotenen Sorgfalt hinsichtlich der Vorschriften zum Schutz persönlicher Daten nachgekommen ist. SWIFT hat weitere Massnahmen ergriffen, um den Schutz persönlicher Daten bei der Nachrichtenübermittlung durch SWIFT sicherzustellen. Der Bericht der belgischen Datenschutzkommission ist unter www.privacycommission.be abrufbar.

Liechtenstein stärkt wirtschaftliche Beziehungen zu den USA

Nach rund zweijährigen Verhandlungen hat Liechtenstein am 8. Dezember 2008 ein Tax Information Exchange Agreement (TIEA) mit den USA unterzeichnet. Der Schutz der Privatsphäre bleibt für Liechtenstein als Grundphilosophie bestehen.

von Simon Tribelhorn, stellv. Geschäftsführer LBV



Simon Tribelhorn

Mit dem Tax Information Exchange Agreement erfolgt ein Informationsaustausch lediglich auf ein im Einzelfall klar begründetes und konkretes Ersuchen hin. Gleichzeitig konnte mit dem Abkommen der QI-Status der liechtensteinischen Banken gesichert werden.

Mit dem Abschluss des Abkommens erweitern Liechtenstein und die USA die bereits mit dem im Jahr 2002 abgeschlossenen Rechtshilfeabkommen (Mutual Legal Assistance Treaty, kurz MLAT) bestehende Kooperation in Steuerangelegenheiten. Während bisher lediglich Rechtshilfe bei vorsätzlichen Fiskaldelikten in Verbindung mit Urkundenfälschung geleistet wurde, umfasst das neue Abkommen neben Steuerbetrug und ähnlichen Delikten auch die Steuerhinterziehung und namentlich das Nichterfüllen von Deklarationspflichten. Massgebend für die Beurteilung, ob ein Delikt in den Anwendungsbereich fällt, ist das Recht des ersuchenden Staates, im Falle eines Ersuchens der USA also das US-amerikanische Recht.

Das Abkommen erstreckt sich auf sämtliche direkte und indirekte Steuern, die in den USA auf Bundesebene erhoben werden (Bundessteuern). Nicht in den Anwendungsbereich des Abkommens

fallen Bundesstaats- und Kommunalsteuern sowie Zölle. Vom Abkommen betroffen sind alle natürlichen und juristischen Personen (inkl. Stiftungen und Anstalten) sowie Personengemeinschaften, die in den USA der Bundessteuerpflicht unterliegen. In den Anwendungsbereich des Abkommens dürften damit insbesondere alle „US-Personen“ nach der Definition des Qualified Intermediary Agreements fallen.

„Der im Abkommen vorgesehene Informationsaustausch erfolgt jedoch lediglich auf ein im Einzelfall klar begründetes und konkretes Ersuchen hin.“

Schutz der Privatsphäre steht weiterhin im Zentrum

Der im Abkommen vorgesehene Informationsaustausch erfolgt jedoch lediglich auf ein im Einzelfall klar begründetes und konkretes Ersuchen hin. Dies bedeutet, dass zum einen kein automatischer Informationsaustausch vorgesehen ist. Zum anderen muss die Identität des betroffenen Steuerzahlers durch die ersuchende Behörde im Gesuch angegeben werden. „Fishing Expeditions“ bzw. sogenannte „John Doe – Verfahren“ sind damit ausgeschlos-



Leigh Gabrielle Carter, Geschäftsträgerin a. i. der Botschaft der Vereinigten Staaten im Fürstentum Liechtenstein;
Otmar Hasler, Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein

sen. Darüber hinaus muss ein Gesuch genau begründet sein. In jedem Fall muss einem Gesuch jedoch nur dann entsprochen werden, wenn die ersuchende Behörde eine Erklärung mitliefert, dass sie alles in ihrer Macht Stehende getan hat, um die verlangten Informationen selbst zu beschaffen. Über die Anordnung von Zwangsmassnahmen, wie z. B. die Beschlagnahme von Unterlagen oder das Durchsuchen von Räumlichkeiten, hat ein unabhängiger Richter in Liechtenstein zu entscheiden. Wurden die Informationen einmal ausgetauscht, so dürfen sie lediglich für Steuerzwecke verwendet werden. Jede weitergehende Verwendung bzw. Weitergabe der Informationen setzt die Zustimmung der ersuchten Behörde voraus (Spezialitätsvorbehalt).

„Insgesamt haben die USA bis heute über 60 unterschiedliche bilaterale Steuerabkommen, sogenannte 'tax treaties'.“

Mit all diesen Regelungen konnte eine Lösung gefunden werden, die für die Kunden Rechtssicherheit bringt. Ihre Daten werden nicht ohne einen zielgerichteten und begründeten Verdacht auf einen Rechtsverstoß an Dritte herausgegeben.

Abkommen entspricht „level playing field“

Das Abkommen tritt am 1.1.2010 in Kraft, entfaltet jedoch bereits für das Steuerjahr 2009 Wirkung. Es basiert auf dem OECD-Musterabkommen „on Exchange of Information on Tax matters“ und orientiert sich in wesentlichen Punkten an den mit anderen Ländern in den vergangenen Jahren abgeschlossenen Abkommen zum Informationsaustausch. Insgesamt haben die USA bis heute mit über 60 anderen Staaten unterschiedliche bilaterale Steuerabkommen, sogenannte tax treaties, mit Auskunftsklauseln. In Europa u. a. mit der Schweiz, Belgien und Luxemburg. Bei etwa 20 Abkommen handelt es sich dabei um TIEAs. Weltweit bestehen insgesamt über 2000 tax treaties mit mehr oder weniger weitgehenden Auskunftsklauseln.

QI-Status der Banken gesichert

Neben der Rechtssicherheit für die Kunden konnten mit dem Abschluss des TIEA mit den USA auch die Voraussetzungen für eine weitere Verlängerung des QI-Status der liechtensteinischen Banken aufrechterhalten werden. Der QI-Status sichert den liechtensteinischen Banken den freien Zugang zu den US-Märkten und ist ein wesentlicher Bestandteil der Reputation und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes.

Paradigmenwechsel im Wettbewerb

Die internationale Finanzkrise ist Auslöser für zahlreiche Veränderungen auf den Finanzmärkten. Ein Beitrag über den Ruf nach verschärften Regeln und EU-weiten Aufsichtsstrukturen.

von Johannes J. Schraner



Johannes J. Schraner

Richtung eines Regulierungsmaximums aus. Ein gewisser ereignisgetriebener Aktionismus ist nicht zu übersehen. Richtig regulieren in der Krise – aber wie?

Europäischer Superregulator?

Die Aufsicht war und wird nie die nachhaltige Lösung für eine globale Finanzkrise sein können. Regulierung ist jeweils nur die Folge von Problemen und kommt immer einen Schritt zu spät. Vor allem gibt es den einzig richtigen Weg zum Wettbewerb nicht. Der muss auch nach einer historischen Krise wie der derzeitigen noch spielen können und nicht durch globale Überregulierung in die Marktstarre geführt werden.

In Europa ertönt derzeit nicht nur der Ruf nach verschärften Regeln, sondern auch nach verstärkten supranationalen Aufsichtsstrukturen. Letzteres ist verlockend. Unterlegt werden sollte ein

Wer von Krise redet, sollte darüber hinaus vor allem über die Zukunft nachdenken. Auch und gerade für kleinere Finanzplätze ändern sich die globalen Rahmenbedingungen derzeit in einer historisch hohen Geschwindigkeit. Eine künftige Schlüsselgrösse für alle Finanzplätze wird die Regulierungsdichte sein. Unübersehbar schlägt das Pendel in

neuer Superregulator durch ein europäisches Finanzinstitut, das die nötige Wissenschaftlichkeit zur Erfassung der Systemrisiken liefern soll. Die EU plant zudem, ähnlich wie die USA, Ratingagenturen einer Regulierung zu unterwerfen. Damit soll ein Kernproblem der Krise gelöst werden: Nicht nur Marktteilnehmer, sondern inzwischen auch Politiker brauchen einen Indikator für die Kreditwürdigkeit von Schuldnern. Wie schwer sich die Politik trotz der Krise mit dem Verlust von nationaler Kompetenz tut, zeigen die Diskussionen und Entscheide auf EU-Ebene zur Reform von Basel II für die Banken und von Solvency II für die Versicherungen. So beharrt zum Beispiel Grossbritannien darauf, für Töchter ausländischer Banken in der City keinerlei Aufsichtskompetenz an eine ausländische Gruppenaufsicht abzugeben. Die Konvergenz der nationalen Aufsichten war demgegenüber schon immer Absicht und Teil der Daseinsberechtigung des EU-Binnenkommissars.

Zähes Ringen um Steuerkompetenz

Die globale Finanzkrise hat vieles offengelegt. Unter anderem hat sie erneut schnell und klar aufgezeigt, warum die Kernkompetenzen der Aufsicht in Europa trotz Einführung der Einheitswährung Euro in den EU-Kernländern nach wie vor national definiert sind und es vorläufig bleiben werden: Die Delegation von effektiver Aufsichtskompetenz über Märkte auf die supranationale Ebene ohne gleichzeitige Schulterung beziehungsweise Finanzierbarkeit ihrer möglichen Risikopotenziale gibt es nicht.

Im Klartext heisst das: Solange die Steuerhoheit in Europa bei den Mitgliedsstaaten liegt, werden die Steuerzahler im Krisenfall naturgemäss ausschliesslich die Entscheide ihrer nationalen Aufsichtsorgane finanzieren. Das ist die rote Linie, die eine Verschiebung von nationalen Kompetenzen an eine zentrale Stelle verhindert. Vor allem kleinere und mittelgrosse Finanzplätze wehren sich aus guten Gründen dagegen, dass diese rote Linie verblasst. Eine erste Durchbrechung ist übrigens trotzdem erfolgt. Mit der Einführung der EU-Zinsbesteuerung Mitte 2005 haben die europäischen Staaten erstmals nationale Steuerkompetenz auf Systemebene abgegeben. Die Verhandlungen haben dementsprechend lange gedauert.

Lauterer Wettbewerb auf moralischer Ebene

Der Harmonisierung der europäischen Aufsichtsstrukturen bleiben trotzdem faktische Grenzen gesetzt, die auch durch die Krise nicht verändert werden. Vor allem für kleinere Finanzplätze wird derzeit ein ganz anderes Druckpotenzial immer sichtbarer. Es baut sich in erster Linie aus der Definition des neuen Schlüsselbegriffes „lauterer Wettbewerb“ auf. Standardgrössen seiner Neudefinition sind Informationsaustausch und Transparenz. Mit der Einführung dieser Standardgrössen werden der Schutz der Privatsphäre und das Bankkundengeheimnis geschwächt.

Gesetzt worden sind die neuen Standards bisher nicht in erster Linie auf völkerrechtlicher und damit vertraglicher Ebene, sondern auf moralischer Ebene. Trotzdem haben die entsprechenden Emp-

fehlungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bereits politischen Druck aufgebaut, unabhängig davon, ob die Begründung stichhaltig ist oder nicht. Das wird die grösste Herausforderung für kleinere Finanzplätze im Hinblick auf die Zeit nach der Krise sein: Die neuen internationalen Standards für lauterer Wettbewerb zu erfüllen und nach dem erfolgten Paradigmenwechsel innerhalb der neuen Rahmenbedingungen bestehende Nischen auszubauen oder neue zu schaffen.

Neuverhandlungen mit EFTA-Staaten

Wie weit die Willensbildung auf EU-Ebene fortgeschritten ist, hat der letzte Aussenministerrat vom 8. Dezember 2008 in Brüssel klar aufgezeigt. Darin werden erstmals seit Langem die Beziehungen zwischen der EU und den EFTA-Ländern Norwegen, Schweiz, Island und Liechtenstein politisch gewürdigt. Anlass ist die Tatsache, dass verschiedene Verträge zwischen der EU und der EFTA im April 2009 auslaufen und derzeit neu verhandelt werden. Im Dokument 16651/1/08 betonen die 27 EU-Aussenminister, dass die aktuelle Finanzkrise das grosse Bedürfnis zeige, bestehende Barrieren für den Informationsaustausch zwischen den Aufsichtsbehörden in der EU und seinem Gegenüber in Liechtenstein zu entfernen. Für die Schweiz wird derselbe Wortlaut wiederholt.

Public Affairs in Brüssel

Wer denkt, Brüssel ist allein eine Wüste der Bürokratie und der Regulierungen, der kann irren. Wer den Weg nach Brüssel gefunden und am Ziel angekommen ist, stellt fest: Brüssel ist weitaus demokratischer und transparenter, als man erwarten würde.

von Raphael Tschanz, Manager Public Affairs LBV



Raphael Tschanz

Fragt man die EU-Bürger nach ihrer Wahrnehmung der Transparenz in europäischen Institutionen, antwortet mehr als die Hälfte, diese seien nicht transparent genug. Brüssel gelingt es gemäss jüngster Eurobarometer-Umfrage nach wie vor nur bedingt, seine Gewalten, seine Kompetenzen und seine Ziele klar und für jeden verständlich

zu kommunizieren. Immerhin sind es mittlerweile 493 Millionen Europäer in 27 Staaten, die seit 50 Jahren ihre Einheit suchen. Und das auf möglichst demokratischem Wege. Zum Vergleich: Die ebenfalls demokratisch legitimierte US-Administration steht im Dienste von 298 Millionen Bürgerinnen und Bürgern in 50 Bundesstaaten. Die kommunistische Zentralregierung der Volksrepublik China ihrerseits regiert über 1,3 Milliarden Menschen in knapp 30 Provinzen.

Die Herausforderung liegt nicht zuletzt darin, die aufgrund des supranationalen Charakters der EU oftmals empfundene Distanz zwischen den EU-Institutionen und den Bürgern mittels demokratischer Entscheidungsfindung zu verringern. Wie schwierig und langwierig demokratisch abgestützte Entscheidungsprozesse unter Umständen sind, zeigt sich bereits auf kommunaler, regionaler oder nationaler Ebene. Viele Interessen treffen aufeinander, viele Fakten und teilweise auch Emotionen.

Gesundes Kosten-Nutzen-Verhältnis

Spätestens seit Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht 1993 gelten in Brüssel zumindest auf Kommissionsebene nicht mehr

nationalstaatliche Massstäbe. Mit diesem Vertragswerk wurde die EU als übergeordneter Verbund für die Europäische Gemeinschaft, die gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik sowie die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres gegründet. Gleichzeitig wurde der EU die Kompetenz übertragen, Entscheidungen zu fällen, welche direkte und unmittelbare Konsequenzen für die Bürger haben. In Brüssel werden viele Regulierungsprojekte begründet, die in erster Linie den Verbrauchern zugutekommen sollen. Da dies vor allem über neue Vorschriften funktioniert, geht deren Umsetzung immer auch zulasten der Wirtschaft und insbesondere der Finanzdienstleister. Aus Sicht des Liechtensteinischen Bankenverbandes (LBV) ist es daher zentral, dass bei jedem neuen Gesetzesprojekt der Nutzen und die Kosten von Regulierungen in einem gesunden Verhältnis stehen.

„Viele Interessen treffen aufeinander, viele Fakten und teilweise auch Emotionen.“

Ganzheitlicher, einheitlicher

Wer mit Vertretern der EU-Kommission spricht, stellt fest, dass man in Brüssel ganzheitlicher und einheitlicher denkt. Anders als man vielleicht erwarten könnte, verfolgen alle – ob Ungar, Italiener oder Franzose – dieselben gesamteuropäischen Ziele und vertreten nicht nationale Interessen. Es war beispielsweise ein Spanier, der die Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente MiFID massgeblich in Gang brachte. Sabino Fornies Martinez, Mitglied des Kabinetts von Wirtschaftskommissar Almunia, ist



Europäisches Parlament in Brüssel

einer der Gründungsarchitekten der MiFID. Sechs Jahre war diese Richtlinie sein Arbeitsschwerpunkt. Er räumt ein, dass die Erwartungen hoch seien. Er selbst sei jedoch überzeugt, dass dies ein notwendiges Projekt sowohl im Interesse der Verbraucher als auch eines einheitlichen und funktionierenden EU-weiten Finanzbinnenmarktes gewesen sei.

„Brüssel lässt mit sich reden. Brüssel diskutiert, Brüssel hört zu.“

Transparenz in Brüssel

Allen Vorurteilen zum Trotz: Brüssel lässt mit sich reden. Brüssel diskutiert, Brüssel hört zu. Und: Brüssel ist zugänglich. Als Vertreter des LBV machen wir diese Erfahrung stets aufs Neue. Man weiss um die Verantwortung, möglichst nachhaltige Regeln und Gesetze für fast 500 Millionen Europäer aufzubauen. Deshalb werden Meinungen und Expertenwissen dankbar angenommen. Im Juni 2009 finden die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Danach wird der Einigungsprozess auf Sachebene fortgesetzt. In Brüssel stehen die Harmonisierung der nationalen Rechtsvorschriften, die Transparenz der Märkte und der Verbraucher im Vordergrund. Das gilt für die Finanzmärkte ebenso wie für die Telekommunikation oder auch die Luftfahrt.

Mit kleinen Schritten viel erreichen

In all diesen Prozessen gerade als Nicht-EU-Mitglied dennoch dabei zu sein, ist eine der Herausforderungen des Finanzplatzes Liechtenstein. In Brüssel leistet die Mission unter Leitung von

Prinz Nikolaus von Liechtenstein hervorragende Arbeit. Der LBV ist zudem mit der Mitgliedschaft im Europäischen Bankenverband (EBF) seit Januar 2007 in die europäischen Entscheidungsprozesse eingebunden. Die liechtensteinischen Banken vertreten aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu zwei Wirtschaftsräumen – EWR und die Schweiz – teilweise andere Interessen als die im EBF vertretenen EU-Banken. Daher ist es wichtig, sich in Brüssel direkt Gehör verschaffen zu können und ein gut funktionierendes Informations- und Kontaktnetz aufzubauen.

„Die Wege der Kommunikation sind paradoxerweise kürzer, weil die Bürokratie grösser geworden ist.“

Individuelle Besuche bei wichtigen Entscheidungsträgern in Brüssel durch den LBV sollen den Ausbau des eigenen und damit unabhängigen Netzwerkes in Richtung EU langfristig sicherstellen. Die Wege der Kommunikation sind paradoxerweise kürzer, weil die Bürokratie grösser geworden ist. Parlamentarier sind auf Fachwissen von Experten angewiesen, um die oft sehr komplexen und technischen Regulierungsfragen zu verstehen und einzuordnen und deren Konsequenzen nicht nur für die Verbraucher, sondern auch für die Banken so genau wie möglich beurteilen zu können. Je prägnanter und persönlicher, umso besser. Da der LBV in seinen Ressourcen beschränkt ist, ist es entscheidend, die richtigen Personen auf der richtigen Ebene zur richtigen Zeit in Brüssel und Strassburg zu erreichen. Dann kann auch mit kleinen Schritten vieles erreicht werden.

The sky is not the limit

Guido Ravoet, secretary general of the European Banking Federation (EBF) sees an ever increasing intensity in the cooperation between the EEA and the EU. For 2009 he wishes, that we may all together turn this crisis into an opportunity. And for banks, the opportunity to value again common sense and modesty in banking.

Interview with Guido Ravoet

The financial crisis is a stir all over the world. Is the worst over yet?

Of course, we do hope that the worst is over, at least in terms of financial crisis. Unfortunately, the headlines are now taken up by the recession, which is hitting our economies at a scale it has not known for a long time. The financial services industry is licking its wounds. The political decisions such as recapitalisation measures have helped keep it functioning, but it must now revive its activities and rebuild customers' confidence. Only then can banks play the part they are expected to play in supporting consumers and enterprises as their main source of financing in the difficult months ahead of us. It is also crucial that banks rebuild and regain confidence in one another, in order to ensure a healthy market and competition.

„The various recapitalisation measures, necessary as they were, may well generate competition distortions in the future.“

What are the consequences of the current crisis for the European Single Market? How can Europe sustain its competitiveness in the global financial world?

The crisis has shown that there was not too much Europe but on the contrary a lack of integration. Immediate individual reactions from member states' governments were not coordinated and have resulted in a series of sometimes contradictory measures in various countries.

European authorities then regained the initiative and ensured a degree of coordination in policy-making, but implementation of the foreseen measures is going to be crucial if we are to maintain a level-playing field between the European countries. At the same time, the various recapitalisation measures, necessary as they were, may well generate competition distortions in the future and therefore annihilate efforts to create a balanced and integrated European market for financial services. Their consequences will certainly need to be closely monitored and analysed, which the EBF proposes to do via a specific working group. I believe that the European universal banking model has survived the crisis better than other models. We had sound structures in the first place and a very strictly regulated industry. This should facilitate Europe's competitiveness on the global markets, when markets have restored confidence and can ensure a smooth functioning.

„I believe that the European universal banking model has survived the crisis better than other models.“

What are in your perspective as representative of the EBF the biggest challenges due to the financial crisis within the European financial market, having the latest discussion in the field of banking supervision, recapitalisation schemes and capital requirement in mind?

Banking supervision is certainly at the heart of our preoccupations. We were satisfied with the orientation chosen by the European Commission to clearly define the role of colleges of supervisors in

Guido Ravoet

Guido Ravoet is Secretary General of the European Banking Federation (EBF) since January 2005. He studied at the University of Louvain and graduated with the Ph.D. in Law as well as a special Degree in business economics. From June 1996 till December 2004 he was Chief Executive Officer of the Belgian Bankers' Association Febelfin, the umbrella organisation representing the whole financial sector. Before that he operated for thirteen years as Secretary General of the European Association of Cooperative Banks. Guido Ravoet started his career at Cera Bank (now KBC). He is now member of the Economic and Social Committee of the European Union, Vice-Chairman of the Brussels International Banking Club as well as Member of the Board of WWF Belgium and of Financial Architects.



its revisions of the Capital Requirements Directive (CRD), whose approval is scheduled for April 2009. The notion of „consolidating supervisor“ was crucial to us, i.e. that in case of disagreement amongst members of a college, the home supervisor should have the final say, simply because it would be more efficient for a cross-border bank to work with complementary supervisory practices throughout its group rather than having to apply different rules for its headquarters and subsidiaries while internally its management is organised at consolidated level. The recent decision made by European governments to maintain the status quo where in case of a lack of consensus the home supervisor decides for the consolidated level and the host supervisors decide for local level left us very disappointed. We believe this decision does not reflect the reality of market integration, that it will allow for distortions within groups and that it cancels most of the benefits of having supervisory colleges. We are certainly looking forward to the proposal in spring next year of the High Level Expert Group on EU financial supervision (the „de Larosière group“) which the EC has set up to make progress on supervisory integration.

„We are certainly looking forward to the proposal of the High Level Expert Group on EU financial supervision.“

In terms of recapitalisation, as I said earlier, the key issue for us

is the temporary aspect of these measures. They have proven efficient in preventing financial instability. They are really meant to contain the most direct damage to the broader economy and should never be seen as „gifts“ to banks. But as explained, their longer-term impact is a cause for concern in terms of competitiveness between European banks. On capital requirements, the financial crisis has demonstrated the importance of a strong core capital base able to absorb losses. Within the context of the revision of the CRD, we are working towards the establishment of a harmonised definition of own funds, including hybrid instruments, and towards granting CEBS the task to elaborate guidelines fostering the convergence of supervisory practices in this area. We also expect enhanced liquidity risk management resulting from the revised CRD.

„In terms of recapitalisation the key issue for us is the temporary aspect of these measures.“

In the area of the large exposure regime the proposed revision would restrict banks' capacity to lend to one another. This may well disrupt the well functioning of the money market, which ensures the refinancing of banks, and which, as shown by the crisis, is key for the refinancing of the global economy. At a global level, a capital monitoring exercise is in place with analysis of the first data submissions being made available to the Basel Committee in the first quarter of 2009. The challenge therefore is how to match the initiative that the EU is taking in prudential regulation with the

Fortsetzung von Seite 13

indispensable need to progress a concerted action plan with other important jurisdictions.

Liechtenstein is a member of the EEA, together with Norway and Iceland. The latter has been hit hardly by the financial crisis. How do you see the future of the EEA and the EU?

In Iceland, there seems to be growing public support for joining the EU and even the Eurozone. I see an ever increasing intensity in the cooperation between the EEA and the EU. A few days ago, for instance, the Norwegian Minister for Finance wrote to the French Presidency of Ecofin with regard to the current review of the EU Directive on Deposit Guarantee Schemes. This intense cooperation has already been in existence for several years within the EBF, where EEA banking Associations are full members of the Association. In fact, no difference is made between EU and EEA banking associations when it comes to decision making within the EBF. And I also would like to point out that the Swiss Banking Association was one of the founding members of EBF in 1960.

„Financial markets cannot grow infinitely without a link to the real economy.“

What are your wishes concerning the financial situation as well as personally for the coming year 2009.

That we may all together turn this crisis into an opportunity. For banks, the opportunity to value again common sense and modesty

in banking. These are key values of traditional banking, but the crisis showed us that they remain the foundation of modern banking too.

The sky is not the limit. Financial markets cannot grow infinitely without a link to the real economy. They have to serve the economy and not the other way round. For policy-makers, the opportunity to strike the right balance between the need to regulate and room for financial innovation is the main challenge for the time being. If they succeed in establishing this balance, they will have provided the right basis for the recovery of our economy.

LIFE – Klimaschutz geht uns alle an!

LIFE steht für eine liechtensteinische Initiative, die es sich zum Ziel gesetzt hat, Finanzinstrumente zu fördern, welche in den Emissionshandel investieren und dadurch den Investoren ermöglichen, den Klimaschutz nachhaltig zu unterstützen.

von Simon Tribelhorn, Christoph Weder (LBV) und Sven Braden (Amt für Umweltschutz)

Extreme Wetterverhältnisse und deren Folgen, einschliesslich Stürmen, Überflutungen, Dürren, Ernteaussfällen und Waldbränden etc., haben bereits heute hohe Kosten verursacht. Howard Stern, der ehemalige Chefökonom der Weltbank, veröffentlichte im Oktober 2006 eine Studie – besser bekannt unter dem Namen „Stern-Report“ –, in welcher er die Folgekosten der Klimaveränderung denjenigen Kosten gegenüberstellte, die für eine Stabilisierung des Klimas notwendig wären. Dadurch sollte insbesondere den reichen Industrienationen, so Howard Stern, klar werden, dass ein Ignorieren des Klimawandels früher oder später das Wirtschaftswachstum eines jeden Staates gefährdet. Massnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen seien deshalb als Teil einer langfristigen Wirtschaftsstrategie zu begreifen. Prof. Andreas Fischlin von der ETH Zürich und Friedensnobelpreisträger 2007 formulierte das anlässlich der FinanzPerspektiven vom 6. November 2008 in Vaduz etwas anders, aber ebenso prägnant: „Kümmern wir uns nicht um den Klimaschutz, dann werden weitere Finanzkrisen folgen.“

Klimaschutz als ökonomische Notwendigkeit

Die Vereinten Nationen einigten sich bereits in den 90er Jahren auf ein internationales Rahmenübereinkommen zum Klimaschutz (UN-Klimakonvention) sowie auf das sogenannte Kyoto-Protokoll. Das Kyoto-Protokoll trat im Jahre 2005 in Kraft – ihm sind bis heute 177 Staaten beigetreten, darunter insgesamt 39 Industrienationen. Mit dem Beitritt zum Kyoto-Protokoll haben sich die Unterzeichnerstaaten dazu verpflichtet, die landesweiten Treibhausgasemissionen bis 2012 um 8 Prozent unter den Wert von 1990 zu reduzieren.

Das Kyoto-Protokoll sieht für Staaten oder Staatengemeinschaften die Möglichkeit vor, eine gemeinsame Verpflichtung einzugehen. Von dieser Möglichkeit hat die Europäische Union (EU) Gebrauch

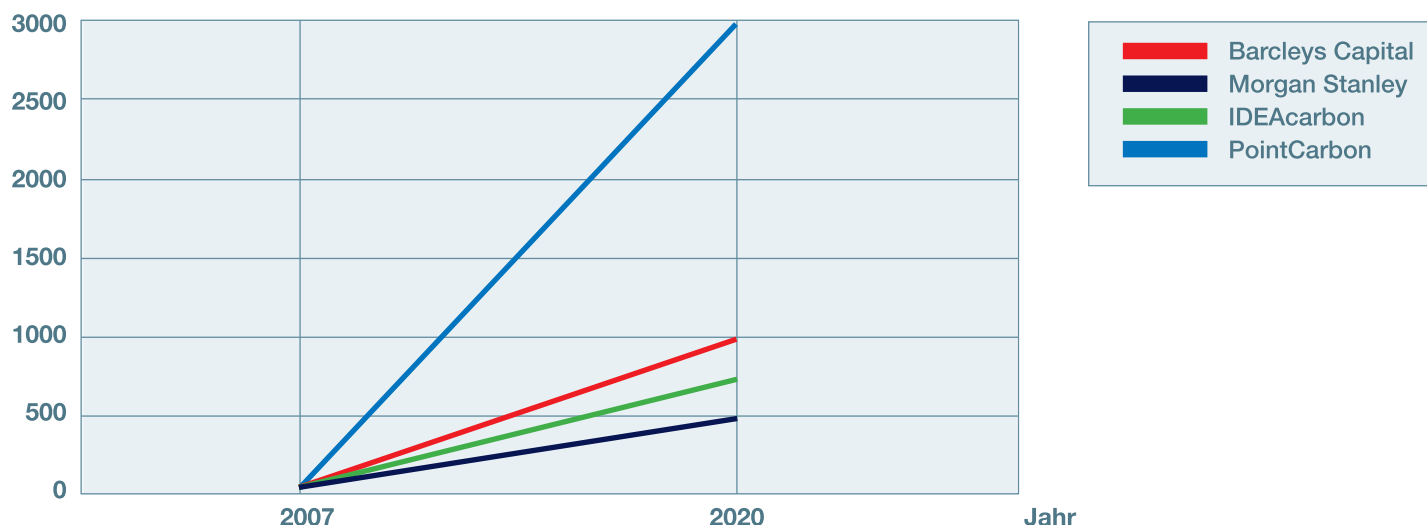
gemacht. Um vereint innerhalb des ganzen europäischen Binnenmarktes der globalen Erwärmung und deren Folgen entgegenzuwirken, hat die EU 1997 die Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll übernommen. Gestützt darauf einigten sich die EU-Staaten auf ein grenzüberschreitendes Emissionshandelssystem. Dieses wurde mit der EU-Emissionshandelsrichtlinie per Oktober 2003 verwirklicht. Hinter dem Emissionshandelssystem steht der Gedanke, unserer Atmosphäre einen monetären Wert zu geben. Durch die Ausgabe begrenzter Emissionskontingente an Staaten und Unternehmen wird eine Situation von Angebot und Nachfrage geschaffen.

„Hinter dem Emissionshandelssystem steht der Gedanke, unserer Atmosphäre einen monetären Wert zu geben.“

Durch Emissionshandel zu marktbasiertem Klimaschutz

Liechtenstein hat die Klimakonvention sowie das Kyoto-Protokoll unterzeichnet und ist damit ebenfalls die entsprechende Verpflichtung eingegangen, die Treibhausgase bis 2012 um 8 Prozent unter den Wert von 1990 zu reduzieren. Gestützt darauf sowie auf seine Verpflichtung als EWR-Mitgliedsstaat zur Umsetzung der EU-Emissionshandelsrichtlinie hat Liechtenstein 2007 ein Emissionshandelsgesetz verabschiedet. Privatwirtschaftliche Unternehmen können damit von Liechtenstein aus Klimaschutzprojekte im Ausland unter dem Kyoto-Regime realisieren und über das

Mrd. Dollar



Fortsetzung von Seite 15

liechtensteinische Emissionshandelsregister am weltweiten Handel mit Emissionsrechten teilnehmen. Am 21. Oktober 2008 wurde das nationale Emissionshandelsregister Liechtensteins offiziell mit dem Emissionshandelssystem der UNO und der EU verknüpft. Mit diesem letzten Schritt konnte die zweijährige Vorbereitungsphase erfolgreich abgeschlossen werden. Somit besteht nun nicht nur rechtlich, sondern auch tatsächlich die Möglichkeit, am internationalen Emissionshandel in, aus und über Liechtenstein teilzunehmen.

Liechtenstein nimmt seit 2008 am Emissionshandel teil

Inzwischen sind auch viele Finanzdienstleister auf den internationalen Emissionshandel aufmerksam und sich ihrer Rolle als Intermediär bewusst geworden. Sie nehmen eine wichtige Schnittstelle in der gesamten Wertschöpfungskette des Emissionshandelssystems ein. Vor allem wenn es darum geht, das im Emissionshandel nötige Kapital bereitzustellen oder zu vermitteln. Ihre Aufgabe ist es, Kapitalströme hin zum Einsatz von klimafreundlichen und energieeffizienten Technologien zu lenken. Letztlich helfen die Finanzdienstleister somit, dass Klimaschutzprojekte überhaupt finanziert, realisiert und umweltfreundliche Technologien gefördert werden können. Mit neuen Finanzprodukten ermöglichen die Finanzintermediäre ihren Kunden zudem, in Emissionshandelszertifikate, umweltfreundliche Technologien oder Klimaschutzprojekte zu investieren und dadurch ihrerseits einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Vor diesem Hintergrund haben denn auch mehrere Finanzdienstleister bereits etliche entsprechende Finanzprodukte lanciert. So bestehen mehrere Anlagefonds, die in Emissionshandelszertifikate investieren. Die Rendite dieser Anlagefonds hängt dabei direkt vom Preis der zugrunde liegenden Emissionshandelszertifikate ab. Diesen wiederum wird mit der künftig zunehmenden Verknappung

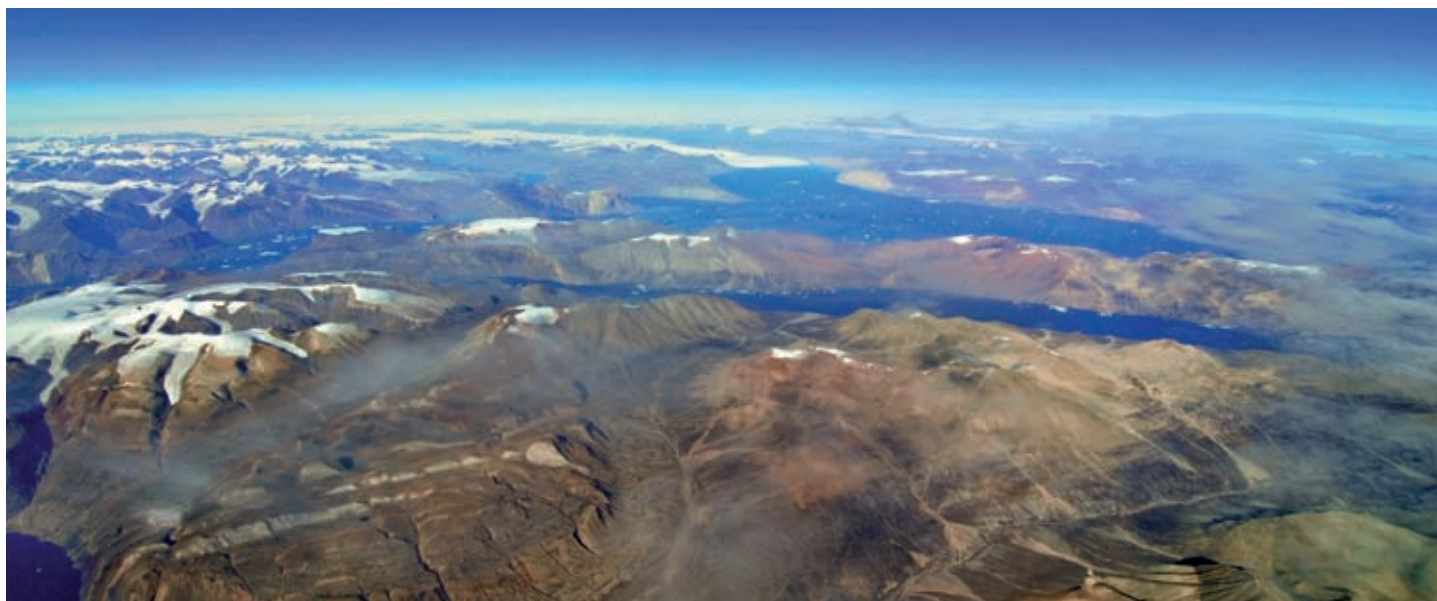
der zulässigen Emissionen in Expertenkreisen ein starker Anstieg prognostiziert.

Komplexes System

Nichtsdestotrotz blieb der Einfluss und die Beteiligung der Finanzintermediäre bis anhin hinter den ursprünglichen Erwartungen zurück und es hätten sich vergleichsweise wenig Finanzintermediäre auf dem Emissionshandelmarkt betätigt. Zu diesem Ergebnis kam eine Studie vom Oktober 2007 der französischen Beratungsgesellschaft CELENT. Nach Angaben der Weltbank belief sich das Handelsvolumen im Jahr 2007 innerhalb der EU auf rund 50 Milliarden Dollar. Der Grossteil der Transaktionen von Emissionsrechten erfolgte dabei im Rahmen sogenannter OTC-Geschäfte (Over-the-Counter, direkte Transfersgeschäfte zwischen Käufer und Verkäufer). Im Jahr 2006 lag die OTC-Quote bei 72 Prozent. Lediglich 28 Prozent aller Transaktionen wurden somit über Handelsplätze abgewickelt. Der Grund dafür dürfte darin liegen, dass hinter den globalen Emissionshandelsmärkten ein komplexes System steht, welches spezifisches Wissen erfordert. Genau an diesem Punkt setzt LIFE an.

LIFE will aufklären und bewegen

LIFE steht für die „liechtensteinische Initiative des Finanzplatzes im Emissionshandel“. LIFE wurde Mitte dieses Jahres vom liechtensteinischen Bankenverband zusammen mit der Regierung des Fürstentums Liechtenstein sowie in Kooperation mit der Hochschule Liechtenstein ins Leben gerufen (s. hierzu auch Bankenmagazin Nr. 8 vom Oktober 2008). Ziel von LIFE ist es, das für eine Teilnahme am Emissionshandel erforderliche Wissen bereitzustellen sowie die Synergien eines modernen, effizienten Finanz- und Industriestandorts und des globalen Emissionshandels zu nutzen.



Die Initianten sind fest davon überzeugt, dass Liechtenstein hierfür mit der Teilnahme am schweizerischen und am europäischen Wirtschaftsraum, der Vollmitgliedschaft bei den Vereinten Nationen, der Implementierung des Emissionshandelsregisters, einem innovativen Industriesektor sowie einem international ausgerichteten Finanzplatz über die optimalen Rahmenbedingungen verfügt. Ferner sind die Initianten davon überzeugt, dass im Emissionshandel ein enormes Wachstumspotenzial steckt und die Bedeutung, die dem internationalen Emissionshandel in Zukunft beizumessen ist, die Einbettung dieses Instruments in das Tagesgeschäft eines jeden Brokers, Bankers und Versicherers unverzichtbar machen.

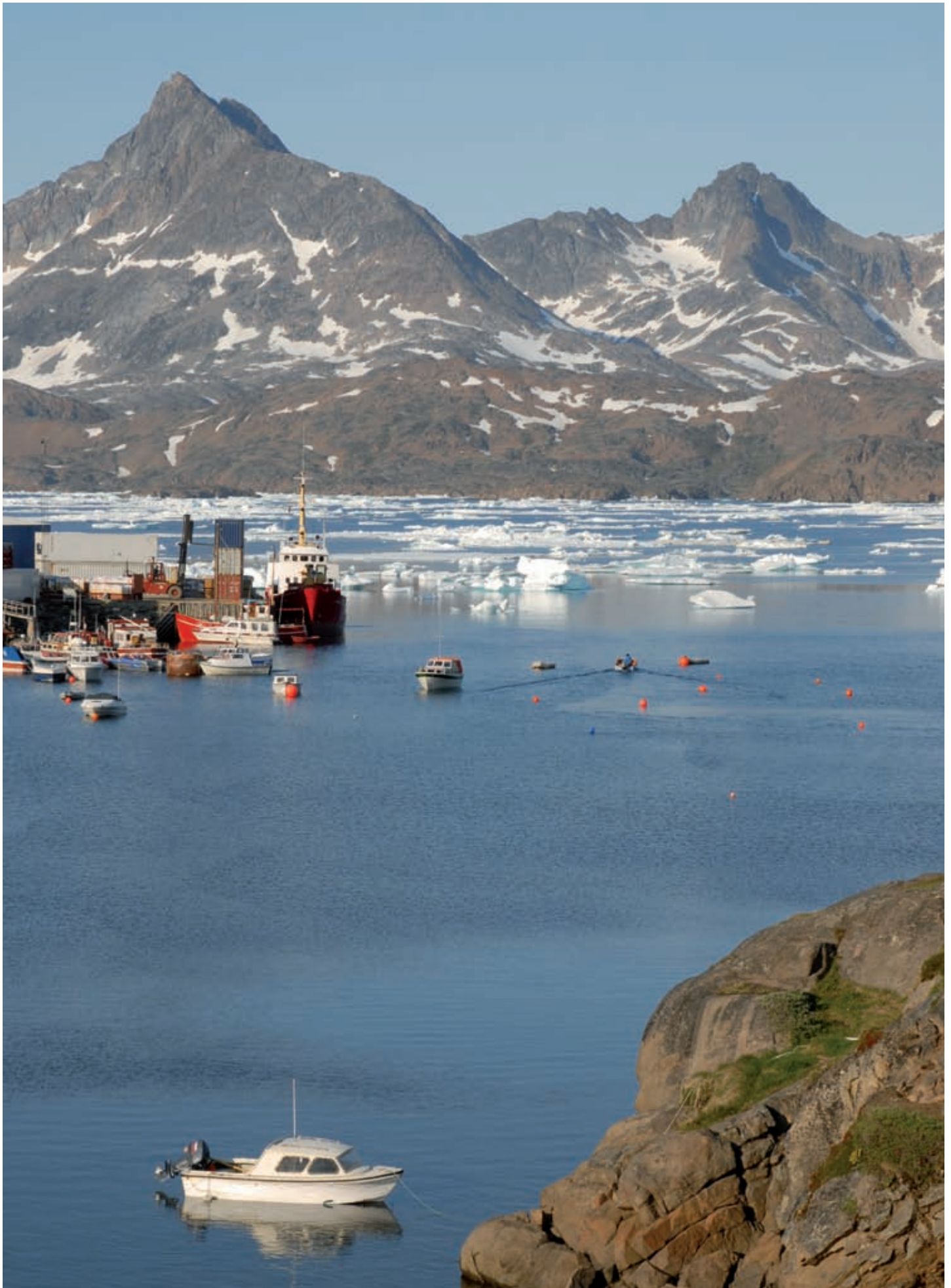
Volumenträchtiger Markt

Marktexperten trauen dem Emissionshandelsmarkt bis zum Jahr 2020 ein weltweites Handelsvolumen bis zu 3 Billionen US-Dollar zu. Diese Einschätzung sei vor dem Hintergrund zu sehen, dass ähnlich wie im EWR auch in anderen Regionen der Welt unternehmensbasierte Emissionshandelssysteme entstehen. Entsprechende Ankündigungen gibt es aus Kanada (2010), Australien (2010) und Neuseeland (Frühjahr 2009). Dass diese Einschätzungen durchaus realistisch sind, demonstrierte die am 12. Dezember 2008 zu Ende gegangene 14. Welt-Klimakonferenz der Uno in der westpolnischen Stadt Poznan. Anlässlich dieser bekräftigte die internationale Staatengemeinschaft erneut, den Kampf gegen Klimaerwärmung und Treibhausgas-Emissionen trotz der derzeitigen wirtschaftlichen Probleme weiterführen und den Nachfolgevertrag zum Kyoto-Protokoll, das 2012 ausläuft, abschliessen zu wollen. Das neue Abkommen soll Ende 2009 in Kopenhagen beschlossen werden. Zudem wird erwartet, dass die USA unter dem neuen Präsidenten ab 2009 ebenfalls ein landesweites Emissionshandelssystem etablieren werden. Sollte

ferner der geplante Einbezug des europäischen Luft- und Frachtschiffverkehrs Realität werden, könnte der Handel mit Emissionszertifikaten durchaus zu einem weltweit riesigen und sehr volumen-trächtigen Markt avancieren. Aufgrund dieser sehr aussichtsreichen Ausgangslage hat LIFE inzwischen breite Unterstützung auch von den übrigen tragenden Finanzplatzverbänden in Liechtenstein erhalten. Um dem Projekt ein Gesicht zu geben, haben die Regierung des Fürstentums Liechtenstein, der Bankenverband, die Treuhändervereinigung, der Anlagefondsverband sowie die Hochschule Liechtenstein am 5. November 2008 die Absicht erklärt, die bisherige Initiative in eine gemeinnützige Stiftung nach liechtensteinischem Recht zu überführen. Durch die Beteiligung von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik wird ermöglicht, dass die Stiftung im Sinne einer echten Private Public Partnership auftreten kann.

Gemeinnützigkeit und Private Public Partnership

Die Stiftung soll Ansprechstelle und Dienstleister der Verwaltung sein sowie einen aktiven Partner der Privatwirtschaft darstellen. Entsprechend den Zielsetzungen der Initiative sollen die Stiftungsaktivitäten primär der Forschung und Förderung von marktbasierten Klima- und Umweltmechanismen zum Erreichen der im Kyoto-Protokoll gesetzten Klimaschutzziele dienen. Vor diesem Hintergrund soll die Stiftung auch bezwecken, Liechtenstein als Kompetenzzentrum im Bereich des Emissionshandels sowie von Produkten im Bereich des Klimaschutzes zu positionieren. Die Gründung der Stiftung ist für Anfang 2009 geplant.



Hafen in Tasiilaq (Grönland)

Emissionshandel in Kürze

Der Liechtensteinische Bankenverband hat Fakten und Hintergründe zum Emissionshandel recherchiert und zusammengestellt.

Im Rahmen des Kyoto-Protokolls erhalten die Industriestaaten Emissionsrechte im Umfang ihrer Reduktionsverpflichtung. Eine Einheit berechtigt zur Emission einer Tonne CO₂. Jedes Land teilt diese Rechte im Rahmen des nationalen Emissionshandelssystems Unternehmen mit Reduktionsverpflichtungen zu. Innerhalb der EU fallen sämtliche Anlagen der Sektoren Energie, Eisenmetallerzeugung und -verarbeitung, mineralverarbeitende Industrie sowie Papier- und Pappeindustrie automatisch unter diese Reduktionsverpflichtungen. Die Betreiber dieser Anlagen bedürfen zudem einer Emissionsgenehmigung. Entsprechend den pro Jahr emittierten Mengen an Treibhausgasen müssen die Betreiber die erhaltenen Zertifikate wieder abgeben. Haben sie durch Massnahmen bei der Anlage die Emissionen reduziert, verbleiben ihnen Zertifikate. Diese können sie an Betreiber anderer Anlagen verkaufen, welchen es nicht gelungen ist, ihre Emissionen zu senken respektive für die solche Massnahmen teurer geworden wären als der Zukauf von weiteren Zertifikaten. Unternehmen, welche über ihr Kontingent hinaus emittieren, müssen die fehlenden Gutschriften dazukaufen.

Neben den vom Staat vergebenen Zertifikaten werden in dem System auch Emissionsgutschriften aus Klimaschutzprojekten angerechnet. Durch die Verknüpfung solcher projektorientierter Zertifikate wird die Teilhabe am EU-Emissionshandel von Entwicklungsländern und Ländern, die sich im Übergang zur Marktwirtschaft befinden, über Europas Grenzen hinaus gewährleistet. Obwohl von Zertifikaten gesprochen wird, existieren diese nicht als Dokumente in Papierform, sondern ausschliesslich in digitaler Form. Der Handel findet in einem rein elektronischen System statt. Damit ein Land am Emissionshandel teilnehmen kann, ist der Auf-

bau eines Registers erforderlich. In diesem Emissionshandelsregister werden die Emissionszertifikate verbucht. Dabei handelt es sich um eine Internetanwendung ähnlich dem Online-Banking. Es können Transaktionen durchgeführt, Kontostände abgefragt und Emissionsrechte zur Erfüllung einer Emissionsreduktionsverpflichtung beim nationalen Konto eingereicht werden.

„Betrieben und betreut wird das liechtensteinische Emissionshandelsregister vom Amt für Umweltschutz.“

Um am Handel mit Emissionszertifikaten teilnehmen zu können, muss ein Teilnehmer lediglich ein Konto bei einem Emissionshandelsregister eröffnen. Dieses Konto kann mit einem Wertschriftendepot verglichen werden. In Liechtenstein kann jede natürliche und juristische Person ein solches Emissionshandelskonto eröffnen, ein Wohnsitz innerhalb der Landesgrenzen ist dabei nicht zwingend vorausgesetzt. Betrieben und betreut wird das liechtensteinische Emissionshandelsregister vom Amt für Umweltschutz. Wie und wo der Handel abläuft, ist dagegen nicht festgelegt. Er kann direkt zwischen Unternehmen (Over-The-Counter, kurz OTC), aber auch über Vermittler, d.h. eine Emissionshandelsbörse, stattfinden. In den vergangenen Jahren haben sich bereits mehrere solcher Börsen etabliert. Eine globale Handelsplattform bietet u. a. das transatlantische Börsenunternehmen NYSE Euronext mit der Umweltbörse BlueNext.

Die ABS-Innovationen – mit Sicherheit in die Krise?

Die US-Kreditkrise hat die Welt seit dem Zusammenbruch der Bear Stearns Hedgefonds Ende Juli 2007 fest im Griff. Sie konnte erst aufgrund des global eng miteinander verbundenen Finanzsystems auf Europa übergreifen und durch das verbundene Interbankengeschäft eine globale Finanzkrise auslösen. Liquidität, bis dahin im Überschuss vorhanden, ist weltweit vielerorts zur Mangelware geworden. Doch wie entstanden die komplexen Finanzierungsmodelle der Asset-Backed Securities? Und welche Folgen zeichnen sich für die Finanzmärkte und die Weltwirtschaft ab?

von Katrin Eggenberger

Die Verbriefung von Aktiva

Die Asset Securitization ist eine Finanzierungstechnik, bei der ein meist diversifizierter Pool von Finanzaktiva aus der Bilanz einer Bank oder eines Unternehmens (Originator) ausgegliedert und gebündelt wird. Die Aktiva (Assets) werden dann durch eine Zweckgesellschaft namens Special Purpose Vehicle (SPV) rechtlich verselbstständigt und von diesem über die Ausgabe von Wertschriften, den Asset-Backed Securities (ABS), an den internationalen Finanzmärkten refinanziert; dabei handelt es sich um die Umwandlung nicht liquider, nicht marktgängiger Vermögenswerte in geld- und kapitalmarktfähige Finanzinstrumente.

„An der beliebten Westküste stand eine hohe Nachfrage nach Hypotheken einem Mangel an Einlagen gegenüber.“

Historische Entwicklung

Der 1927 beschlossene „McFadden Act“ verbot den amerikanischen Banken ein „Interstate Branching“; sie durften nur noch in ihrem Heimatstaat Filialen eröffnen und waren gezwungen, ihre Geschäftstätigkeit auf den Bundesstaat zu begrenzen, in dem sie domiziliert waren. Diese regionale Beschränkung der Geschäftstätigkeit hatte zur Folge, dass in manchen US-Bundesstaaten die Finanzmittel im Überschuss zur Verfügung standen und in anderen

die Mittel knapp waren. An der beliebten Westküste stand eine hohe Nachfrage nach Hypotheken einem Mangel an Einlagen gegenüber, während in vielen US-Bundesstaaten die Hypothekennachfrage gering und gleichzeitig die Passivseite mit Einlagen überhäuft war. Mithilfe der Mortgage-Backed Securities (MBS) konnten die im Osten domizilierten Savings- & Loan-Institute schon damals Hausbesitzern im Westen auf Umwegen Kapital zur Verfügung stellen. Dieses Konzept der Übertragung von Hypothekendarforderungen der Finanzinstitute führte schliesslich dazu, dass die regionalen Geschäftsbeschränkungen des „McFadden Act“ umgangen wurden.

Grösster Kapitalmarkt der Welt

Wichtigste Katalysatoren zur Entwicklung der Asset Securitization in den USA sind Wachstum und Ansehen der US-Wohnbaufinanzierung. Hausbesitz, der Grundstoff des „American Dreams“, wurde seit den 30er Jahren durch die US-Gesetzgebung gefördert. Infolge der wirtschaftlichen Expansion, der steuerlichen Abzugsfähigkeit der Hypothekenzinsen und des Aufbaus staatlicher Agenturen zur Förderung und Versicherung von Wohnbaufinanzierungen wuchs der Primärmarkt für Hypotheken zwischen 1950 und dem Anfang der 90er Jahre von USD 73 Mrd. auf rund USD 3'850 Mrd. an. Der US-Hypothekarmarkt wurde zum grössten Kapitalmarkt der Welt.

Emissionsvolumen nicht zu stoppen

Allerdings entstand die Gefahr, dass die zur Deckung der Hypothekendarlehen nötigen Einlagen der Bankinstitute gesamthaft nicht mehr ausreichen. Der steigende Lebensstandard der amerikanischen Bevölkerung und ihre wachsende Toleranz gegenüber einer Verschuldung förderten diese Tendenz. Die Finanzinstitute

Katrin Eggenberger

Katrin Eggenberger ist Mitglied des Kaders und stellvertretende Leiterin Fondsgestützte Vermögensverwaltung bei Wegelin & Co. Privatbankiers, St. Gallen. Dieser Beitrag ist eine Kurzzusammenfassung der mit dem Hilti Foundation Award 2008 an der Hochschule Liechtenstein ausgezeichneten Bachelor-Thesis "Die US-Kreditkrise – das Ende (oder der Anfang) der Securitization?" von Katrin Eggenberger, betreut durch Prof. Siegfried Weinmann.



sahen sich gezwungen, nach weiteren Finanzierungsquellen zu suchen. Um einen Sekundärmarkt für Hypothekarkredite zu etablieren, wurden neben der Federal National Mortgage Association (Fannie Mae) zwei weitere staatliche Organisationen geschaffen. Hierbei handelt es sich um die Government National Mortgage Association (Ginnie Mae) und die Federal Home Loan Mortgage Corporation (Freddie Mac). Ihr Zweck besteht hauptsächlich im Ankauf von Hypotheken der Finanzinstitute, den sogenannten Mortgage-Backed Securities (MBS). Sie übertragen das Bonitäts- und Zinsänderungsrisiko von den Savings- & Loan-Instituten auf risikofähige Investoren und ermöglichen die Finanzierung von Eigenheimen durch die Entwicklung eines standardisierten Sekundärmarktes für Hypotheken. Der Anfang der Securitization wurde mit diesem Meilenstein gelegt. Das stark anwachsende Emissionsvolumen war nicht zu stoppen.

„Der steigende Lebensstandard der amerikanischen Bevölkerung und ihre wachsende Toleranz gegenüber einer Verschuldung förderten diese Tendenz.“

Verzögerung in Europa

Der Anteil der Amerikaner, die den „American Dream“ verwirklichen, hat seit 1994 stark zugenommen. Bereits 2007 lebten mehr

als zwei Drittel der amerikanischen Haushalte im eigenen Heim. Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts war der Kauf von Immobilien dem wohlhabenden Teil der Bevölkerung vorbehalten. Hauseigentum konnte sich damals nur leisten, wer über die Mittel zur vollständigen Eigenfinanzierung verfügte oder den restriktiven Anforderungen genügte, die an die Vergabe eines Hypothekarkredits gestellt wurden.

„Es braucht mehr Transparenz auf der Produktseite und mehr Eigenkapital seitens der Banken.“

Der Asset Securitization in Europa ist ein ähnliches Wachstum wie in den USA prophezeit worden, obwohl sich ihre Märkte unterscheiden. In Liechtenstein, Deutschland und der Schweiz war das Interesse für ABS-Transaktionen eher gering. Der traditionelle Pfandbrief verzögerte eine rasante Verbreitung der Asset Securitization in diesen Märkten. Die europäischen Haushalte ziehen es vor, Wohnräume zu mieten anstatt zu kaufen. Das gilt besonders für die Ballungszentren Deutschlands, wo Wohnräume fünfmal öfter gemietet als gekauft werden. In Liechtenstein wurden diese Produkte zwar auch verkauft, aber nicht in dem Ausmass, da das Kernbusiness der hiesigen Banken das Private Banking ist. Aufgrund der Komplexität der Produkte und der mangelnden Transparenz konnten die Kunden die Risiken der Produkte jedoch nur schwer erkennen. Fazit: Es braucht mehr Transparenz auf der Pro-

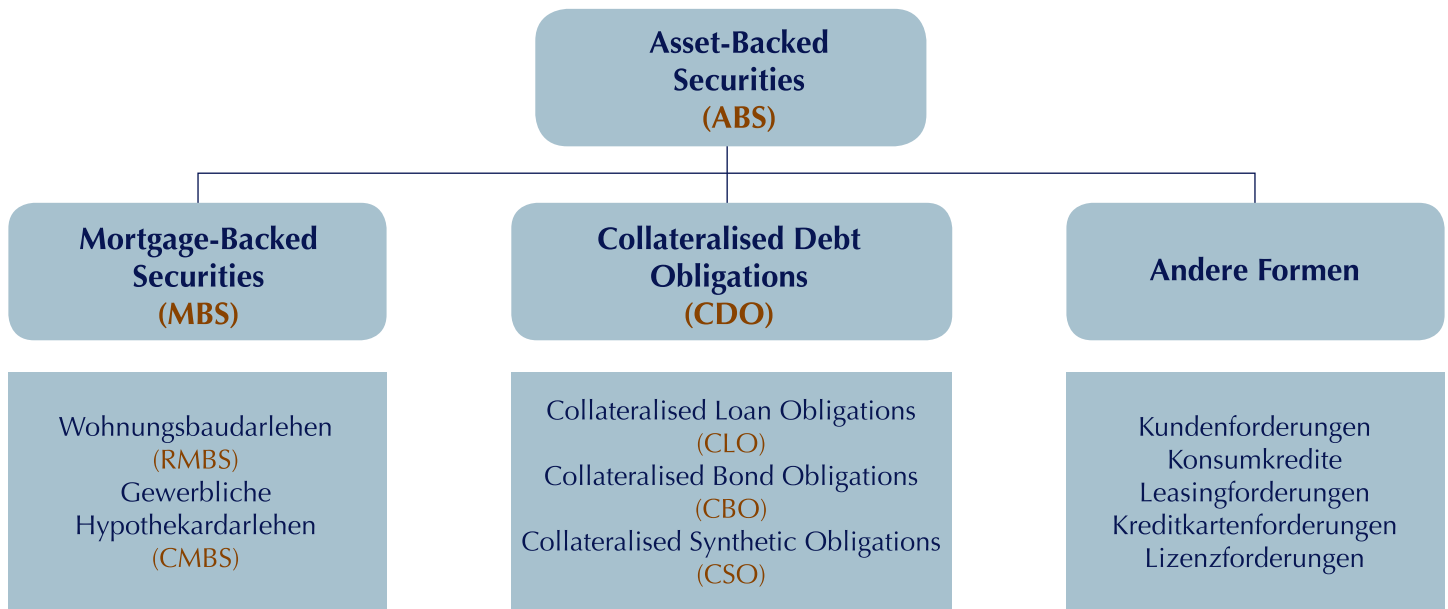


Abb. 1: Die ABS-Arten

Fortsetzung von Seite 21

duktseite und mehr Eigenkapital auf der Seite der Banken. Der entsprechende Handlungsbedarf wurde seitens der EU bereits identifiziert und entsprechende Regulierungen stehen an. Dazu gehören die Stärkung der Einlagensicherung, die Revision der Eigenkapitalvorschriften sowie eine höhere Produkttransparenz (siehe Bankenmagazin Nr. 8 vom Oktober 2008).

Die Asset Securitization

Die Grundidee der Verbriefung besteht darin, aus einer Anzahl von Krediten Wertpapiere zu schaffen, die in einem weiteren Schritt auf dem Markt verkauft werden. Eine Bank, die Kredite verkauft, kann neue Kredite vergeben. Das zu diesem Zweck etablierte Special Purpose Vehicle (SPV) befreit die Bank gleichfalls vom Risiko. Entscheidend dabei ist, dass die Zweckgesellschaft SPV nicht in der Bilanz der Bank erscheint und die Bank die Eigenmittelvorschriften bereits von Basel I umgehen kann. Um an das Kapital für eine solche Transaktion zu kommen, emittiert das SPV seine eigenen Wertpapiere, die über den Kreditpool abgesichert sind. Die Kredite dienen somit als Sicherheit. Zunächst erscheint an dieser Verbriefung von Immobilienkrediten nichts Verwerfliches, denn die Verbriefung und der Verkauf der Kredite sollen dazu führen, dass der Kreditmarkt insgesamt effizienter und leistungsfähiger wird. Die Banken können leichter Kredite vergeben und verteilen die Risiken unter den verschiedenen Akteuren, was die Stabilität des Finanzsystems in Krisenzeiten erhöhen sollte, obwohl die Finanzmärkte aufgrund von Verbriefung, Private Equity, Hedgefonds und ausserbörslichem Handel weniger transparent geworden sind. Nicht die einfacher strukturierten Mortgage-Backed Securities (MBS) sorgten für die undurchschaubare Dynamik im Kre-

ditgeschäft, sondern eine weitere Tiefe der Verbriefung (s. Abb. 1): die Collateralised Debt Obligations (CDO). Der Unterschied zwischen diesen gepoolten Forderungen und der normalen verbrieften Struktur liegt darin, dass CDO beispielsweise nicht direkt Hypotheken einkaufen, sondern Mortgage-Backed Securities. Ein weiterer zentraler Markt der CDO sind die Private-Equity-Gesellschaften, die ihr Geld nicht von den Banken direkt bekommen, sondern sich über CDO refinanzieren. Gerade die CDO gelten als Ursache und Auslöser der US-Immobilienkrise, die sich zu einer veritablen Finanzkrise ausgeweitet hat.

„Die Undurchsichtigkeit des ABS-Systems hat zur Folge, dass die eigentlichen Werte nicht annähernd bekannt sind.“

Die Undurchsichtigkeit des ABS-Systems hat zur Folge, dass die eigentlichen Werte nicht annähernd bekannt sind. Die Komplexität hat derart zugenommen, dass schliesslich niemand mehr genau weiss, wer welche Position verbucht hat und welche Risiken dahinterstecken. Das Vertrauen der Finanzmärkte ist in Frage gestellt.

Verlässliche Analyse kaum möglich

Während sich die Asset-Risiken (aufgrund von Vergangenheitsdaten) mathematisch relativ genau ermitteln lassen, sind die

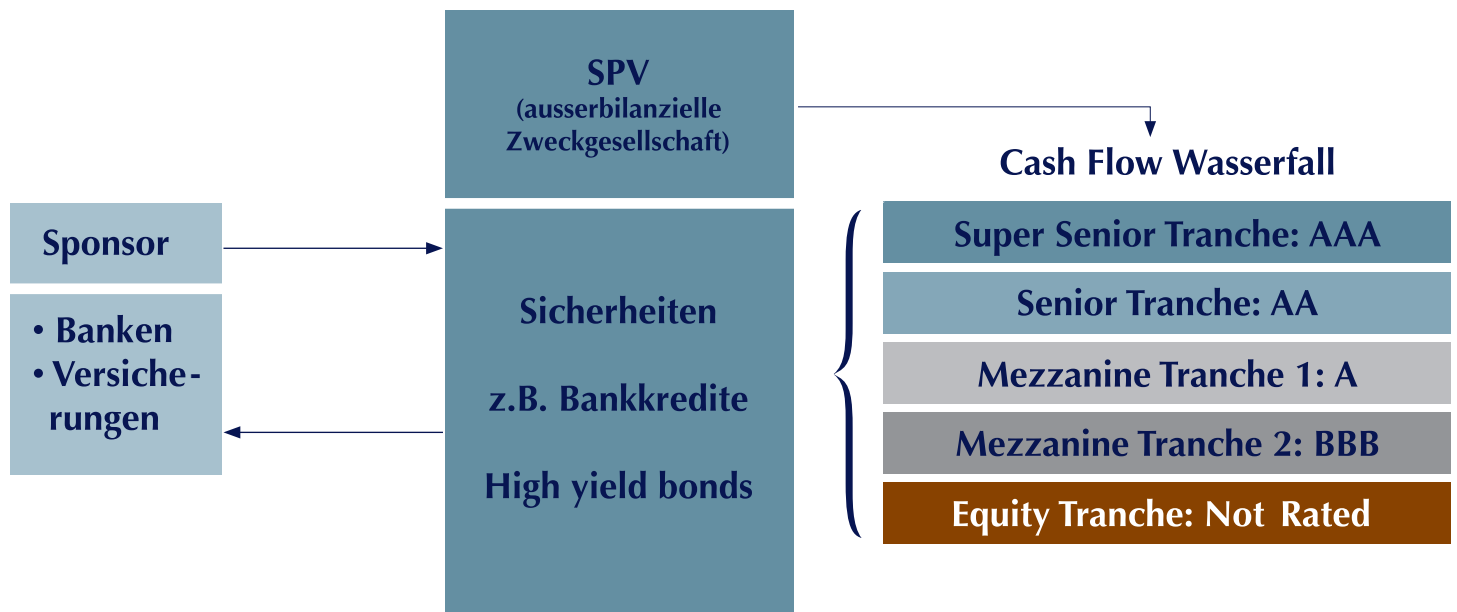


Abb. 2: Das Bewertungssystem der CDO

Securitization-Risiken schwer identifizierbar und können weitreichende Konsequenzen haben, die den beteiligten Parteien oft erst bei deren Eintreten bewusst werden. Aus der Kombination einer Vielzahl an Risiken wird ersichtlich, dass eine exakte Prüfung der Asset Securitization nicht möglich ist. Den Investoren fehlen meist die Zeit, das Wissen und die aktuellen Informationen, um eine verlässliche Analyse der Struktur vornehmen zu können. Die Käufer von ABS stützen sich auf die Revisionsberichte und Rechtsgutachten sowie auf die Due-Diligence-Prüfung (Sorgfaltsprüfung) der Investmentbanken, der Credit Enhancer und der Ratingagenturen.

„Den Investoren fehlen meist die Zeit, das Wissen und die aktuellen Informationen, um eine verlässliche Analyse der Struktur vornehmen zu können.“

Ratingagenturen sind jedoch weder gemeinnützige noch staatliche Institutionen. Es sind Unternehmen, die mit den Ratings selbst Profite erzielen. Ihre Bewertungen basieren auf Modellen, Marktinformationen und gewissen Erfahrungswerten. So ist es etwa bei den CDO kaum möglich, den Zeitpunkt zu erkennen, an dem ein bestimmter Kreditnehmer seine Pflichten gegenüber dem Kreditgläubiger nicht mehr erfüllen kann. Aus diesem Grund

wenden die Ratingagenturen zur Bewertung der Finanzprodukte Wahrscheinlichkeitsmodelle an, die sich vorwiegend empirisch bewerten lassen. (s. Abb. 2) Daraus können Fehleinschätzungen resultieren, die einem Pool von riskanten Krediten eine Spitzen-Tranche (Triple-A) bescheinigt.

Das Problem liegt nicht darin, dass sich die Ratingagenturen verrechnen oder dass sie bewusst die Investoren täuschen. Vielmehr verlassen sich die Ratingagenturen auf Modelle, die unvollständig sind, wie die Ereignisse vom Juli 2007 gezeigt haben.

Regeln der Marktwirtschaft ausgehebelt

In einer Marktwirtschaft werden Preise durch Nachfrage und Angebot bestimmt und nicht durch eine Preiskommission, ein Wirtschaftsministerium oder durch ein Wahrscheinlichkeitsmodell. Die Regeln einer Marktwirtschaft werden jedoch ausgehebelt, wenn – egal, ob die Nachfrage stark oder schwach ist – eine zentrale Preisbestimmung die Preisspannen zwischen den verschiedenen Tranchen künstlich aufrechterhält. Der Investor glaubt, dass die theoretisch errechneten Preise tatsächlich im Markt zu erzielen sind. Doch als die Ratingagenturen aufgrund von ersten Finanzverlusten begannen, die oberen Tranchen der Subprime-CDO abzustufen, brach in einer Kettenreaktion die gesamte Finanzkonstruktion zusammen. Subprime-Zahlungsrückstände und Zwangsvollstreckungen, Wertberichtigungen und Abschreibungen erreichten ungeahnte Rekordhöhen.

Die Folgen für die Finanz- und Wirtschaftswelt

Die Stimmung am Aktienmarkt hat sich seit Anfang 2008 in dramatischer Weise verschlechtert. Das Bull/Bear-Ratio – das

Fortsetzung von Seite 23

Verhältnis zwischen optimistischen und pessimistischen Investoren – weist auf die steigende Überzahl der auf fallende Kurse spekulierenden Investoren.

Die Wirtschaftsberater des US-Kongresses schätzten Anfang 2008, dass bis Ende 2008 zwei Millionen Eigenheime den Prozess der Zwangsvollstreckung durchlaufen und einen weiteren Verlust von über USD 220 Mrd. nach sich ziehen werden. Die US-Hypothekenfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac sind Mitte 2008 durch den US-Staat aufgefangen worden, nachdem sich der Kongress über ein milliardenschweres Rettungspaket geeinigt hatte. Der Rechnungshof (Congressional Budget Office) schätzte die Kosten für den Steuerzahler auf USD 25 Mrd. für die Jahre 2009 und 2010. Dramatische Folgen eines Finanzinstruments, das die Finanzwelt lange Zeit als „Innovation“ verstanden hat, obwohl es in irgendeiner Form Schulden erzeugt, die durch mehr oder weniger adäquate Sicherheiten gedeckt sind.

„Dramatische Folgen eines Finanzinstruments, das die Finanzwelt lange Zeit als 'Innovation' verstanden hat.“

Quo Vadis, „American Dream“?

Was ist aus dem „American Dream“ geworden? Und wie konnte die Securitization zu einer weltweiten Finanzkrise führen? – US-Amerikaner, die ihren Traum vom Eigenheim durch Aufnahme hoher Kredite, quasi aus dem Nichts heraus, verwirklichten, muss-

ten einen Preis bezahlen, der in der Regel weit über dem Realwert lag, da er rasch zu einem Vielfachen der Herstellungskosten hochgetrieben worden war. Immobilien sind Güter, deren Preise einer viel stärkeren Spanne ausgesetzt werden können als Massengüter, wie beispielsweise Autos, Kühlschränke oder Computer. So konnten Non-Performing Loans (faule Kredite) im Bereich der Immobilien massenweise „salonfähig“ gemacht und als Mortgage-Backed Securities auf dem Markt etabliert werden. Die Zweckgesellschaften und Ratingagenturen sorgten für die Imagepflege der Finanzprodukte. Sie deklarierten nicht abgedeckte Hypothekendarlehen zu Wertschriften mithilfe ihres Wertpapiersystems, das die Risiken auf die beiden Seiten der Schuldner und der Investoren verlagerte: dorthin, wo die Anreize lagen, wo mittel- bis kurzfristig Träume vom eigenen Wohn- oder Geschäftshaus verwirklicht werden konnten. Laut Fitch-Ratings waren die im kurzfristigen Bereich liegenden Asset-Backed Commercial Papers im Oktober 2006 auf ein Volumen in Höhe von 993 Milliarden US-Dollar angestiegen – dies entspricht etwa dem im April 2008 durch den International Monetary Fund geschätzten Gesamtverlust, der durch die US-Kreditkrise im Juli 2007 ausgelöst wurde und damit das Ende der Securitization eingeleitet hat – das Ende der Securitization, wie sie für die Originatoren, Provider, Trustees, Schuldner und Gläubiger stattgefunden hat und schliesslich bizarre Entwicklungen für die Weltwirtschaft, insbesondere für die realen Produktionsgüter und den Rohstoffmarkt, zum Nachteil des Verbrauchers hervorgebracht hat. – Finanzinstrumente und Innovationen sind eben schwer vereinbar, wie der US-amerikanische Ökonom John K. Galbraith den philosophischen Kern des Finanzproblems charakterisierte.

Futuro hat den Stresstest bestanden

2008 hat die liechtensteinische Regierung das Projekt Futuro lanciert. Die Vision für den Finanzplatz soll gesamtwirtschaftliche Interessen berücksichtigen und Meilensteine setzen. Erste Initiativen sind in vollem Gang. Wir sprachen über die weiteren Vorhaben und das bisher Erreichte mit Frank Wulms, Leiter der Stabsstelle Futuro.

Interview mit Frank Wulms

Herr Wulms, Sie leiten seit Februar dieses Jahres die neu geschaffene Stabsstelle Futuro. Was hat Sie bewogen, diese Herausforderung anzunehmen?

Nach mehr als zehn Jahren im Private Banking wollte ich eine ganz neue Herausforderung. Als man mich für diese Stelle kontaktiert hat, erkannte ich das als eine einzigartige Chance: aktiv die Zukunft eines Finanzplatzes mitgestalten und wirklich etwas bewegen zu können. Das Thema hat mich fasziniert, zudem ist es ein sehr breit gefasster Job. Ich hatte sehr gute Gespräche mit den Verantwortlichen und spürte ein klares Commitment. Das hat mich dann überzeugt, dass es für mich die richtige Herausforderung ist.

Wie erleben Sie die Reformen am Finanzplatz Liechtenstein?

Wir gehen absolut in die richtige Richtung und es ist notwendig, dass diese Reformen stattfinden. Es bewegt sich einiges, sodass wir dieses Jahr schon gute Fortschritte machen konnten; aber wir müssen weiterkommen. Die Reformen sind wichtig, sie stellen die Basis für die Zukunft des Finanzplatzes dar. Wir müssen unsere Position im European Level Playing Field sicherstellen. Dies gelingt uns nur, wenn wir die Reformen sowie die internationalen Verhandlungen durchsetzen.

Wo sehen Sie mittelfristig den grössten Handlungsbedarf?

Es wird momentan sehr viel über den internationalen Druck auf Finanzplätze wie Liechtenstein gesprochen. Aber auch die zunehmende internationale Konkurrenz ist eine grosse Herausforderung für uns. Wir müssen den Finanzplatz Liechtenstein besser international positionieren. Dazu wird mittelfristig Know-how der

entscheidende Faktor sein. Wir müssen dieses Know-how aufbauen. Die Veränderungen und Trends im Finanzbereich gehen immer schneller vonstatten. Wir müssen viel mehr unternehmerisch denken und die Chancen, die uns die Mitgliedschaft im EWR bieten, besser nutzen. Dazu müssen wir die Denkhaltung ändern, uns mehr für internationale Entwicklungen öffnen und proaktiver neue Geschäftsmodelle entwickeln.

„Die Veränderungen und Trends im Finanzbereich gehen immer schneller vonstatten.“

Futuro beinhaltet eine Reihe von Initiativen für den Finanzplatz. Welche sind aus Ihrer Sicht die drei wichtigsten?

In Futuro wurden über 20 Initiativen identifiziert, wovon wir bereits 15 gestartet haben. Diese Initiativen sind Bausteine, die dazu führen, dass wir den gesamten Finanzplatz verbessern und modernisieren können. Ich bin mir bewusst, dass die einzelnen Initiativen bis jetzt für Aussenstehende vielleicht nicht immer revolutionär erscheinen, aber diese Reformen sind wichtig, um eine qualitativ gute Basis für die Zukunft zu bauen. Man kann dabei drei Kategorien von Initiativen unterscheiden:

- Starke Positionierung im Private Wealth Management: Das Produktspektrum basiert auf bestehenden Stärken.
- Die Dimension der Öffnung: Es bedarf eines Internationali-

Facts & Figures

Im Februar 2008 hat das Projektteam Futuro eine Vision für den Finanzplatz unter Berücksichtigung gesamtwirtschaftlicher Bedürfnisse erarbeitet. Ziel ist die langfristige Sicherung eines nachhaltigen Wachstums. Die Vision basiert auf traditionellen Stärken und setzt den Fokus auf das Private Wealth Management.

Die Vision fordert eine verstärkte Öffnung und will zu einer hohen Reputation des Finanzplatzes in der Staatengemeinschaft beitragen. Die

Notwendigkeit des Projektes Futuro ergab sich vor dem Hintergrund, dass Liechtenstein dank der eingeleiteten Reformen nach der Finanzplatzkrise in den Jahren 2000 und 2001 zwar wieder aus einer Position der Stärke agiert, dass der Finanzplatz aber in Anbetracht der künftigen grossen Herausforderungen einer Vision bedarf, welche nachhaltiges Wachstum langfristig sicherstellt.

Fortsetzung von Seite 25

sierungsprozesses, aber auch verbesserter internationaler Anerkennung.

- Wachstum durch Steigerung der Produktivität: Wozu auch der Aufbau von Know-how gehört.

Welche Ziele beinhalten diese konkret?

Die Hauptziele von Futuro sind nachhaltiges Wachstum und der Ausbau eines qualitativ hochstehenden, diversifizierten Finanzplatzes, der auch international anerkannt ist.

Welche grundsätzlichen Werte liegen den Initiativen zugrunde?

In Futuro wurden sechs grundlegende Werte identifiziert:

- Liberale Wirtschaftsordnung mit attraktiven regulatorischen und steuerrechtlichen Rahmenbedingungen.
- Zurückhaltung bei staatlicher Intervention und effizientes Staatswesen.
- Hohe Anreize für die private Leistungserbringung.
- Grosse Eigenverantwortung der privaten Person.
- Weitreichender Schutz individueller, persönlicher Gestaltungsfreiräume.
- Hohes Mass an Vertrauensschutz im Verhältnis zum Staat.

Das Projekt wurde seitens der Regierung des Fürstentums Liechtenstein lanciert, also eher „top down“ statt „bottom up“. Wie holen Sie die Finanzplatzteilnehmer ins Boot?

Wir beziehen die einzelnen Marktteilnehmer, die FMA und die Verbände in die Umsetzung ein. Diese Zusammenarbeit ist mir sehr wichtig. Wir klären laufend Bedürfnisse ab, tauschen Gedan-

ken aus. Futuro ist eine Vision, eine Stossrichtung. Für eine detaillierte und konkrete Umsetzung über die Initiativen ist der Input aus dem Markt ein sehr wichtiger Erfolgsfaktor.

Die Marktteilnehmer sind in die Arbeitsgruppen involviert. Ferner unterstützen wir auch Ideen aus dem Markt, die der Vision Futuro entsprechen. Die öffentlich-private Partnerschaft im Rahmen von LIFE ist dafür ein gutes Beispiel.

„Marktteilnehmer mit guten Ideen rennen bei uns offene Türen ein.“

Die Stabsstelle soll als Schnittstelle zwischen Regierung und Markt tätig sein. Wie muss man sich dies konkret vorstellen?

Da wir eine eigene Stabsstelle sind und uns ganz auf die strategische Entwicklung des Finanzplatzes konzentrieren können, operieren wir sehr nah am Markt. Dank meiner langjährigen Berufserfahrung verstehe ich den Markt auch besser, weiss wie er funktioniert. Ganz konkret sind wir ständig im Kontakt mit dem Markt und bauen so an der Zukunft. Neben den Futuro-Initiativen arbeiten wir auch mit den Marktteilnehmern an der Entwicklung des Finanzplatzes. Die LIFE-Initiative ist dafür erneut ein gutes Beispiel. Marktteilnehmer mit guten Ideen rennen bei uns offene Türen ein. Für nächstes Jahr liegen im Bereich internationaler Pensionsfonds und Captives bereits neue Ideen auf dem Tisch, die durch Marktteilnehmer initiiert wurden und die wir gerne unterstützen.

Frank Wulms

Frank Wulms ist seit 1. Februar 2008 Leiter der Stabsstelle Futuro. Der gebürtige Niederländer war zuvor 10 Jahre im Private Wealth Management bei der Rabobank in Luxemburg und der Bank Sarasin & Co. in der Schweiz tätig. Er verfügt über mehrjährige Erfahrung in strategischer Entwicklung und Restrukturierungsprozessen und war an internationalen Übernahme- und Integrationsprojekten beteiligt. Frank Wulms studierte an der Universidad Carlos III in Madrid sowie der Maastricht University. Seinen Executive MBA absolvierte er bei INSEAD in Fontainebleau, Singapore.



Sie denken auch an eine offensivere Vermarktung des Finanzplatzes Liechtenstein international. Mit welchen Massnahmen werden Sie starten?

Wir haben intern verschiedene Finanzplätze miteinander verglichen und angeschaut, welche Modelle andere Finanzplätze anwenden, und über unsere Kontakte zu den jeweiligen Promotion Agencies konnten wir schon viel lernen und Erfahrungen austauschen. Jetzt ist es wichtig, dass wir eine gemeinsame Botschaft erarbeiten und dass wir uns vor allem auch gemeinsam nach aussen positionieren. Die Ressourcen sind knapp, daher konzentrieren wir die Kräfte primär auf den Finanzplatz, um ein breites internationales Publikum zu erreichen.

Anfang 2009 werden wir eine Arbeitsgruppe lancieren, die das Konzept der Standortvermarktung weiter vorantreiben wird.

Sie führen im In- und Ausland viele Gespräche über die neue Vision des Finanzplatzes. Was sind dabei Ihre Hauptbotschaften?

Es gibt viel Aufklärungsbedarf, da vor allem im Ausland viel Unwissen über Liechtenstein besteht. Die Kommunikation der Fakten ist wichtig. Ebenfalls müssen Inhalte und Ziele der Vision Futuro klar kommuniziert werden, um zu erklären, was die Vision Futuro beinhaltet und was wir mit der Umsetzung erreichen wollen. Dabei geht es vor allem um Qualitätsverbesserung, Internationalisierung, Anerkennung und darum, die Vorteile aus der EWR-Mitgliedschaft zu kommunizieren.

Kommen die Initiativen an? Wie sind die Reaktionen im Ausland?

Die Initiativen kommen sehr gut an und die Reaktionen im Ausland sind äusserst positiv. Es gibt wenige Finanzplätze, die eine klare

Vision erarbeitet haben und diese auch konsequent umsetzen. Vor allem das Commitment der Regierung und die strukturierte Umsetzungsorganisation stossen immer wieder auf Bewunderung. Das ist bedeutsam, da es dem Ausland zeigt, dass wir bewusst und proaktiv die Zukunft unseres Finanzplatzes gestalten wollen.

Mit welchem Zeithorizont rechnen Sie? Wann denken Sie, werden erste Massnahmen greifen? Und in welcher Form?

Momentan sind 15 Initiativen gestartet worden, laufende Projekte wurden ebenfalls in Futuro eingebunden. Somit sehen wir stetig Resultate. Dieses Jahr lag der Fokus sehr stark auf den Gesetzesänderungen, wie zum Beispiel dem Stiftungsrecht, dem Rechtshilfegesetz, dem Schiedsgerichtsrecht oder dem Steuerrecht. Im kommenden Jahr werden wir weitere Resultate aus den verschiedenen Arbeitsgruppen erzielen. Dazu gehören die Bereiche Schutz der Privatsphäre und Asset Protection, der Regelsetzungsprozess, Ideen im Bereich Philanthropie oder auch der Standortvermarktung. Nicht zuletzt werden die restlichen Initiativen gestartet.

Haben sich die Visionen des Projektes Futuro im Zuge der weltweiten Finanz- und damit einhergehenden Wirtschaftskrise verändert?

Die Vision Futuro hat sich nicht geändert. Wir überprüfen sie immer wieder; sie hat die Stresstests bestanden. Die aktuelle Krise zeigt, wie wichtig es ist, dass wir den Finanzplatz stärken und somit auch die Umsetzung der Vision beschleunigt wird.

Kompetenz kennt kein Alter

Wenn der Karrierezenit einmal überschritten ist, kommt es zum „Top Out“, einem einschneidenden Ereignis im Leben jedes Berufstätigen. Das ist der Zeitpunkt, an dem wichtige Berufs- und Lebensziele erreicht sind und die Beförderungen aufhören. Es ist aber auch die Phase, in der sich das Denken und Empfinden langsam von Karrieremöglichkeiten und Einkommenssteigerung wegentwickeln.

von Dr. Markus Dieth

Beschäftigte ab der Lebensmitte möchten mehr Zeit für sich selbst beanspruchen und selbstbestimmter und bewusster leben. Unternehmenskultur und Vorgesetzte können dafür sowohl förderlich als auch hinderlich wirken. Vor allem wird das Personalmanagement diese veränderten Bedürfnisse und Interessen vermehrt mit den unternehmerischen Nutzenvorstellungen kombinieren müssen. Optimierte Rahmenbedingungen können dafür sorgen, dass sich die Kompetenzen der verdienten Mitarbeitenden mit den Bedürfnissen des Marktes weiterentwickeln und ihr Marktwert im Zeitverlauf zumindest gleich bleibt.

Nachhaltige Arbeitsmarktintegration

Qualifizierte Mitarbeitende sind bereits heute knapp. Die Banken investieren deshalb intensiv in Nachwuchskräfte – bevorzugt in Junge, die sich formen und einen Return on Investment erwarten lassen. Mitarbeitende in der Lebensmitte hingegen werden vielerorts noch gleichgesetzt mit steigenden Kosten und sinkender Produktivität. Damit gilt das Alter, rein ökonomisch betrachtet, in doppelter Hinsicht als Handicap. Gleichzeitig zeigen demografische Szenarien, dass sich immer mehr Erwerbstätige aus dem Arbeitsleben zurückziehen werden – sei es altersbedingt oder aufgrund attraktiver Vorruhestandslösungen. Was liegt für Arbeitgeber näher, als diese bei unvermindertem Arbeitskräftebedarf länger im Unternehmen zu behalten? Diese Form von Arbeitsmarktintegration kann gelingen, wenn sie nachhaltig und für alle Beteiligten nutzbringend ist.

Das Konzept der Nachhaltigkeit beschreibt die Nutzung eines regenerierbaren Systems in einer Weise, dass dieses System in seinen wesentlichen Eigenschaften erhalten bleibt. Auf Beschäftigungs-

verhältnisse übertragen heisst dies:

- Schutz der Mitarbeitenden vor Ausbeutung (einseitige Orientierung an kurzfristigen Zielen, irreführende monetäre Anreize, Vertrauensmissbrauch, Angst vor Umstrukturierungen oder Stellenverlust);
- Abrücken vom vermeintlichen Verfalldatum qualifizierter Mitarbeitender (Kompetenzen kennen kein Alter);
- Überführung der herrschenden Frühpensionierungsmentalität in die Bereitschaft für ein längeres Erwerbsleben (Erhöhung der Verweildauer im Unternehmen).

„Der grosse Erfahrungsschatz ist spätestens seit der Finanzkrise unerlässlich geworden.“

Auf gleicher Augenhöhe

Die dazu nötige Kulturveränderung ist nur möglich, wenn alle Unternehmensebenen diese auch wollen und sie gezielt und koordiniert angehen. Dafür sprechen zwei einleuchtende Gründe: Einerseits der grosse Erfahrungsschatz vieler langjährig Beschäftigter, der für Banken spätestens seit der Finanzkrise unerlässlich geworden ist. Andererseits die Tatsache, dass das Bankgeschäft ein ausgeprägtes People Business ist und die Kunden, die auch älter werden, sich eine Beratung auf „gleicher Augenhöhe“ wünschen. Eine gute Voraussetzung dafür ist, dass die „Generation 50 +“ dem Unternehmen besonders verbunden ist.

Dr. phil. Markus Dieth

Dr. phil. Markus Dieth studierte nach wirtschaftlich orientierter Erstausbildung mit Matura an den Universitäten St. Gallen und Zürich. Der Psychologe ist seit vielen Jahren eignungsdiagnostisch tätig, war Leiter einer Zürcher Privatschule sowie Assessor und Trainer an der Business School einer Schweizer Grossbank. Seit 2005 ist Dr. Dieth in seiner Praxis (Destinatorum) als Berufs- und Laufbahnberater tätig.

**Diversity Management**

Im Zuge der Personalentwicklung entpuppt sich Diversity Management als ein patentes Mittel für Nachhaltigkeit. Dabei stehen die Arbeitsmarktfähigkeit und der gerechte Zugang zu Chancen im Vordergrund. Michael Kres bezeichnet die Zielkompetenz treffend als „able to go, but willing to stay“ (www.employability.ch). Im Bereich der Generationenvielfalt sucht man aber meist vergeblich nach Hinweisen, wie verdiente Professionals ausserhalb monetärer Anreize und flexibler Arbeitsmodelle ans Unternehmen gebunden und leistungswillig erhalten werden.

„Jüngere Mitarbeitende sind zwar schneller, ältere Mitarbeitende aber kennen die Abkürzungen.“

Oft wird davon ausgegangen, dass ältere Mitarbeitende über eine geringere Lern- und Aufstiegsorientierung verfügen und man wegen ihrer langen Betriebszugehörigkeit weniger in die Entwicklung der persönlichen Eigenschaften investieren muss. Wenngleich verdiente Mitarbeitende nicht mehr unbedingt über mit Nachwuchskräften vergleichbare Fähigkeiten verfügen, so können sie dies mit Kompetenzen kompensieren, die sie im Laufe ihres Berufslebens erworben und trainiert haben. So sind jüngere Mitarbeitende in der Regel zwar schneller, ältere Mitarbeitende aber kennen die Abkürzungen. So erreichen beide das Ziel, jedoch auf unterschiedlichen Wegen.

Innovative Massnahmen

Inwiefern können Banken durch innovative Massnahmen eine nachhaltige Integration älterer Mitarbeitenden fördern?

- Altersgemischten Teams liegt die Erkenntnis zugrunde, dass solche bessere Resultate erzielen. Während Jüngere von der Erfahrung und vom Netzwerk der Älteren profitieren, lernen Letztere von den Jüngeren neue Arbeitsinstrumente kennen.
- Möglichkeiten zur altersangepassten Weiterbildung gewährleisten, dass ältere Mitarbeitende kompetent und fit bleiben. Untersuchungen zum Lernverhalten zeigen, dass diese erfolgreicher sind, wenn das Gelernte in irgendeiner Form auf schon vorhandene Kompetenzen aufbaut, möglichst in einem Zusammenhang mit ihrer Funktion steht und dort auch rasch eingeübt werden kann.
- Aus betrieblicher Sicht gilt es weniger, die Motivation der Mitarbeitenden zu erhöhen, als vielmehr demotivierende Einflüsse zu verhindern.

Selbstveränderung und Selbstkenntnis

Die Antwort auf die in der Lebensmitte aufkommenden Fragen liegt aber nicht nur in einer Änderung der äusseren Umstände, sondern auch in der Übernahme von Selbstverantwortung. Eine erste wichtige Voraussetzung ist das zurückgewonnene oder erweiterte Interesse für die Veränderungsprozesse im Unternehmen. Zudem öffnet ein gestärktes Selbstvertrauen und die erweiterte Selbstkenntnis den Blick für die eigenen, positiven Ressourcen, was den persönlichen Veränderungsspielraum sichtbar werden lässt und zum Handeln ermutigt. Werte und Einstellungen haben in der Lebensmitte den mächtigsten Einfluss auf die Gestaltung der Laufbahn. Auf die richtige Weise Seniorität erlangt nur, wer sie innerlich auch annehmen kann.

Veränderung birgt auch Chancen

Gerhard Hamel ist Vorsitzender der Geschäftsleitung der Volksbank AG in Liechtenstein. Er ist seit zehn Jahren in Vaduz tätig und seit zwanzig Jahren Banker. Wir sprachen mit ihm über Veränderungen, Motivation und die Zukunft des Finanzplatzes Liechtenstein.

Interview mit Gerhard Hamel

Herr Hamel, was fasziniert Sie an dem Beruf des Private Bankers?

Der persönliche Kontakt mit vermögenden Kunden verbunden mit einer qualitativ hochstehenden Bankdienstleistung und die ständige Weiterentwicklung auf der fachlichen Ebene sind das Spannende an meinem Beruf. Neben der Qualität der Dienstleistung spielt die soziale Kompetenz die entscheidende Rolle, denn beim Private Banking geht es um mehr als nur ums Geschäft und die Performance.

Was macht den Finanzplatz Liechtenstein für Sie zu einem besonderen Finanzplatz?

Als moderner Wirtschaftsplatz steht Liechtenstein für Innovation und Entwicklung sowie für Diskretion, Sicherheit und Stabilität. Eine gut ausgebaute Infrastruktur und beste personelle Ressourcen garantieren einen qualitativ hochwertigen Finanzplatz. Zudem ermöglicht die Kleinheit des Landes eine enge Zusammenarbeit der Finanzdienstleister untereinander.

Die Volksbank AG Liechtenstein ist ein Tochterunternehmen der Volksbank Vorarlberg. Welche Vorteile bringt diese Verbindung?

Eingebettet in die Volksbank Vorarlberg Gruppe mit einer einheitlichen Geschäftspolitik, klar formulierten Unternehmenszielen, einer soliden Eigenmittelausstattung und einer guten Ertragslage haben wir die besten Voraussetzungen für eine weitere positive Entwicklung. Wir profitieren vom internationalen Know-how in unserer Gruppe. Die Volksbank Vorarlberg wurde 1888 gegründet und bietet uns Sicherheit und Tradition.

Wie unterscheidet sich die Volksbank AG Liechtenstein von einer Privatbank in Familienbesitz?

Unsere Stärken sind ebenso wie bei einer Privatbank die hohe Ob-

jektivität und Beratungsqualität in der Kundenbetreuung sowie Diskretion und personelle Kontinuität. Den Vorteil unserer Bank sehe ich in der globalen Vernetzung des Volksbankenverbundes und den Refinanzierungsmöglichkeiten, welche gerade heute von Aktualität sind.

Zu Ihnen persönlich. Wie verbringen Sie am liebsten Ihre Freizeit?

In erster Linie verbringe ich meine Freizeit mit meinen drei Söhnen, die mich ständig auf Trab halten. Sportliche Aktivitäten wie beispielsweise Ski fahren, Fussball spielen und Tennis stehen da natürlich an oberster Stelle.

Wofür geben Sie gerne Geld aus?

Für Reisen und guten Wein.

Sie sind seit über 20 Jahren bei der Volksbank. Was macht diese Bank für Sie zur einzigartigen Bank?

Ich habe schon sehr früh bei der Volksbank Verantwortung übernehmen dürfen und mich innerhalb des Konzerns weiterentwickeln können. Ich schätze vor allem den Umgang untereinander, der sehr von gegenseitigem Vertrauen und Respekt geprägt ist. Menschlichkeit ist neben der fachlichen Kompetenz für mich der wichtigste Faktor in einem Unternehmen.

Sie sind seit zehn Jahren in Vaduz tätig. Was hat sich in dieser Zeit aus Ihrer Sicht in Liechtenstein verändert?

Die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen haben sich massiv verändert, angefangen vom Sorgfaltspflichtgesetz bis hin zu den aktuellen internationalen Abkommen mit den USA und auch der EU. Die internationale Einbindung Liechtensteins ist vorange-

Gerhard Hamel

Gerhard Hamel begann seine Laufbahn 1987 bei der Vorarlberger Volksbank. Der Betriebsökonom war dort zunächst als Kundenberater in der Filiale Feldkirch und später als stellvertretender Leiter der Wertpapierabteilung in Bregenz tätig. Im Frühjahr 1993 wurde er Leiter dieser Abteilung und war verantwortlich für Wertpapierhandel, Wertpapierabwicklung und -verkauf. Im November 1998 wurde er zum Geschäftsleiter der Volksbank AG in Vaduz berufen. Sieben Jahre später nahm der dreifache Vater den Vorsitz der Geschäftsleitung der Volksbank AG in Liechtenstein ein.



schritten. Die Beziehung zu den Kunden ist insgesamt intensiver und enger geworden, wodurch auch die Beratung vermehrt von einem ganzheitlichen Ansatz ausgehen muss.

Was ist noch genauso wie damals?

Das Hauptaugenmerk auf dem Wohl der Kunden und die Anerkennung der grossen Bedeutung von Privatsphäre und Diskretion einerseits sowie das Bedürfnis der Kunden nach qualitativ hochwertiger, serviceorientierter und individueller Beratung und Betreuung andererseits.

Was sollte am Finanzplatz Liechtenstein erhalten bleiben?

Die klaren und stabilen gesetzlichen Rahmenbedingungen, kurze und unbürokratische Entscheidungswege und die guten persönlichen Beziehungen. Zudem darf nie vergessen werden, dass im Mittelpunkt unserer Tätigkeit der Kunde und dessen Interessen stehen.

Was müsste sich am Bankenplatz ändern?

Die weitere Öffnung zu den internationalen Märkten ist unaufhaltsam und notwendig. Jede Veränderung birgt Chancen, die wahrgenommen werden müssen. Dies setzt neben Flexibilität und Aufgeschlossenheit auch ein Besinnen auf die eigenen Stärken voraus. Die Volksbank AG setzt neben ihrem bewährten Engagement im Bereich Private Banking seit einigen Jahren auch sehr erfolgreich auf ihre Kompetenz im Universalbankgeschäft.

Welche Beziehungen pflegen Sie zu anderen Banken im Fürstentum Liechtenstein?

Durch die regelmässigen Treffen im Bankenverband wird ein konstruktiver Dialog der Banken untereinander gepflegt.

Welche Rolle innerhalb Europas sehen Sie für den Finanzplatz Liechtenstein?

Liechtenstein bietet seinen Kunden neben einem stabilen rechtlichen und politischen Umfeld einen fachlich hochqualifizierten Finanzdienstleistungssektor, der sich basierend auf einer langen Tradition am Interesse des Kunden orientiert und diesem flexible und individuelle Lösungen bieten kann. Diese Stärken gilt es zu betonen und auszubauen, um neben den anderen europäischen Finanzplätzen weiterhin bestehen zu können. Gerade was die Beratungsqualität betrifft, braucht Liechtenstein den internationalen Vergleich nicht zu scheuen, wie zum Beispiel auch die Fuchsbriefe jedes Jahr aufs Neue zeigen.

Was raten Sie jungen Menschen, die beruflich ins Bankgeschäft einsteigen wollen?

Eine gute Ausbildung sowie die laufende Weiterbildung sind die wichtigsten Faktoren für eine erfolgreiche Bankkarriere, wobei sowohl die fachliche als auch die soziale Kompetenz von grosser Bedeutung sind.

Wie motivieren Sie Ihr Team gerade in turbulenten Zeiten?

Unser Team braucht keine Extra-Motivation in diesen Zeiten, da solche Ereignisse eine Herausforderung und neue Chancen bedeuten. Wir haben ein sehr motiviertes Team, welches überaus eigenständig und mit Selbstverantwortung agiert.



„Nachhaltigkeit“

Gelesen

Birdfoots Grossvater

Der alte Mann hatte unser Auto wohl schon Dutzende Male angehalten, um hinauszuklettern und die kleinen Kröten aufzulesen, die vom Scheinwerferlicht geblendet wie lebendige Regentropfen auf der Strasse hüpfen.

Regen fiel, sein weisses Haar leuchtete im Nebel, und ich sagte immer wieder: „Du kannst sie nicht alle retten, finde dich ab damit, steig wieder ein, wir müssen weiter, wir haben ein Ziel.“

Er aber, die ledrigen Hände voll von nassem braunem Leben, knietief im Sommergras an der Strassenböschung stehend, er lächelte nur und sagte: „Auch sie müssen weiter, auch sie haben ein Ziel.“

Joseph Bruchac

Definiert

Der Begriff Nachhaltigkeit stammt ursprünglich aus der Forstwirtschaft und bezeichnet die Bewirtschaftungsweise eines Waldes, bei welcher immer nur so viel Holz entnommen wird, wie nachwachsen kann, sodass der Wald nie zur Gänze abgeholzt wird, sondern sich immer wieder regenerieren kann. Die Vereinten Nationen griffen den Leitgedanken der Nachhaltigkeit in der Forstwirtschaft auf und formulierten in den 90er Jahren folgendes Konzept:

„Entwicklung zukunftsfähig zu machen, heisst, dass die gegenwärtige Generation ihre Bedürfnisse befriedigt, ohne die Fähigkeit der zukünftigen Generation zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse befriedigen zu können.“

Zitiert

Nahe den Bergen klingt der Felsboden hohl unter den Schritten.

Er sagt dir: Denk daran, die Erde ist eine Trommel.

Wir müssen sorgsam auf unsere Schritte achten,

um im Rhythmus zu bleiben.

Joseph Bruchac

Schildkröten können mehr über die Strasse erzählen als Hasen.

Khalil Gibran

Gewünscht

Das Team der Geschäftsstelle des Liechtensteinischen Bankenverbandes wünscht allen Leserinnen und Lesern frohe Festtage und für das kommende Jahr Gesundheit, Glück und Erfolg!

Auch im nächsten Jahr warten grosse und kleine Herausforderungen auf uns. Lösen wir sie mit Zuversicht und Sorgfalt.



Impressum

Das BANKENMAGAZIN ist eine Publikation des Liechtensteinischen Bankenverbandes. Es erscheint vierteljährlich.

V.f.d.I. Michael Lauber, Geschäftsführer

Liechtensteinischer Bankenverband

Pflugstr. 20, 9490 Vaduz, Fürstentum Liechtenstein

T: ++423 230 13 23, F: ++423 230 13 24

info@bankenverband.li, www.bankenverband.li

